

3. Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission, Datensicherheitsvorfall

Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 27. April 2023 und Stellungnahme des Regierungsrates vom 20. April 2023

KR-Nr. 172/2023

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es liegt ein Minderheitsantrag von Davide Loss und Mitunterzeichnenden vor, auf den Antrag auf Einsetzung einer PUK (*Parlamentarische Untersuchungskommission*) nicht einzutreten.

Beat Habegger (FDP, Zürich), Referent der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Als Referent der GPK und als ihr ehemaliger Präsident stelle ich Ihnen heute den Antrag auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission gemäss Paragraph 115 fortfolgende des Kantonsratsgesetzes vor. Die GPK hat diesen Antrag im ersten Quartal dieses Jahres vorbereitet und ihn am 27. April 2023 zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Eine Kommissionsminderheit – Sie haben es schon gehört – beantragt Ihnen, auf diesen Beschluss nicht einzutreten.

Worum geht es? Viele von Ihnen erinnern sich, dass im Dezember 2022 aufgrund einer Anfrage aus dem Kantonsrat bekannt wurde, dass zwischen 2000 und 2014 bei der Entsorgung von Computerhardware aus der Direktion der Justiz und des Innern (*JJ*) gespeicherte Daten nicht wirksam gelöscht wurden und deshalb auch sensible und vertrauliche Daten letztlich in falsche Hände gerieten. Diese Erkenntnisse haben im Kantonsrat und in der breiten Öffentlichkeit viele Fragen ausgelöst rund um die Informations- und Datensicherheit in der kantonalen Verwaltung. Wir haben in diesem Rat am 9. Januar 2023 im Rahmen der Beantwortung einer dringlichen Interpellation (*KR-Nr. 462/2022*) eine intensive Debatte zu vielen der damals bekannten Aspekte des Falles geführt. Ich erlaube mir deshalb, heute auf eine erneute chronologische Darstellung der Vorgeschichte, soweit sie öffentlich überhaupt bekannt ist, zu verzichten. Die GPK hat noch im Dezember 2022 nach einer ersten Anhörung der Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) beschlossen, eine Subkommission zur Abklärung der Vorkommnisse einzusetzen. Später beauftragte die GPK dann die Subkommission, einen Antrag auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission vorzubereiten. Die Subkommission hat im Rahmen ihrer Arbeiten ab Januar 2023 die kantonale Datenschutzbeauftragte (*Dominika Blonski*) und den Leitenden Oberstaatsanwalt des Kantons Zürich (*Andreas Eckert*) zu Anhörungen eingeladen. Aufgrund der Anhörung der Datenschutzbeauftragten stellte sich für die GPK insbesondere die Frage, ob die Informationssicherheit in der Verwaltung und die gesetzlichen Vorgaben aus dem IDG, also dem Gesetz über die Information und den Datenschutz, genügen, um die Informationssicherheit zu gewährleisten und im Falle einer Verletzung angemessen darauf zu reagieren. Die Anhörung des Ober-

staatsanwaltes wiederum führte die Kommission zur Erkenntnis, dass eine Untersuchung der PUK mit dem laufenden Strafverfahren in dieser Angelegenheit sorgfältig zu koordinieren ist, um Letzteres nicht zu behindern. Da dieses Strafverfahren jedoch noch länger dauern kann, gelangte die GPK zur Auffassung, dass trotz der potenziellen Kollision von Strafverfahren und PUK mit der politischen Aufarbeitung dieser Angelegenheit nicht zugewartet werden kann, bis das Strafverfahren abgeschlossen ist. Die Kommission hat sich auch mit der Administrativuntersuchung befasst, die die Justizdirektion im Dezember 2020 in Auftrag gab, nachdem die unzulängliche Aktenvernichtung in der Direktion bekanntgeworden war. Diese Untersuchung zeigte insbesondere, dass im Jahr 2019 in der Justizdirektion grosse Mengen an Papierakten vernichtet worden waren und es deshalb unklar ist, ob und inwiefern die Datenvernichtung aus den fraglichen Jahren 2000 bis 2014 überhaupt noch aktenbasiert aufgearbeitet werden kann. Auch diese Vorgänge im Jahr 2019 sind deshalb aufzuarbeiten.

Zudem stellte sich für die GPK die grundsätzliche Frage, ab wann sich der Regierungsrat der Problematik der Datensicherheit bewusst war und die notwendigen Massnahmen zum Schutz sensibler Daten einleitete. Ob und inwiefern und in welchem Ausmass die Datensicherheit in den Direktionen heute vollständig gewährleistet ist und ob nicht auch weitere Direktionen in der Vergangenheit Daten unsachgemäss entsorgt haben, blieb für die Kommission offen. Aufgrund der vielen unbearbeiteten Fragen, die teilweise von grundsätzlicher Natur sind, kam die Kommission zum Schluss, dass sich diese im Rahmen der ordentlichen bereits intensiven Kommissionstätigkeit nicht in nützlicher Frist untersuchen lassen. Deshalb beantragt Ihnen die Kommission, eine PUK zur gründlichen Aufarbeitung aller notwendigen Untersuchungsgegenstände einzusetzen.

Wir haben diese Untersuchungsgegenstände im 4. Kapitel unseres Antrags ausführlich beschrieben und im Antrag unter römisch II sind Sie auch aufgeführt, ich fasse mich deshalb hier kurz:

Erstens müssen der Zeitraum und das Ausmass des Datensicherheitsvorfalls präzise geklärt werden. Es ist zu untersuchen, wie die Entsorgung von Datenträgern geregelt war und ab wann der Regierungsrat und die betroffenen Direktionen über die unzulängliche Aktenentsorgung Kenntnis hatten.

Zweitens muss der Umgang mit dem Datensicherheitsvorfall nach seinem Bekanntwerden im Jahre 2020 durch den Regierungsrat, die Direktionen und weitere verantwortliche kantonale Stellen untersucht werden. Es ist für die Kommission nicht geklärt, ob rechtmässig, zweckmässig und zeitnah reagiert und ob angemessen darüber informiert wurde.

Drittens sind grundsätzliche Fragen zur Informationssicherheit und zur Entsorgung von Datenträgern in der kantonalen Verwaltung zu untersuchen. Aufgrund unserer Erkenntnisse ist zu klären, ob die Vorgaben aus dem IDG und den Richtlinien des Regierungsrates ausreichen, um auf Datensicherheitsvorfälle angemessen zu reagieren und darüber zu informieren, ob die Datenvernichtung angemessen organisiert und dokumentiert ist und ob der Regierungsrat und die gesamte Verwaltung ein angemessenes Problembewusstsein diesbezüglich aufweisen.

Abschliessend weise ich noch daraufhin, dass die GPK den Regierungsrat zur Stellungnahme zu diesem Antrag eingeladen hat und dieser in seinem Antwortschreiben dem Kantonsrat seine volle Kooperation zusichert. Die Geschäftsleitung des Kantonsrates wurde ebenfalls informiert über den Antrag. Sollte dieser Antrag heute eine Mehrheit finden, wird die Interfraktionelle Konferenz beauftragt, die Wahl der Mitglieder und das Präsidium der Untersuchungskommission vorzubereiten. In diesem Sinne und in Würdigung der gesamten Umstände, so wie ich eben versucht habe, sie in relativ kurzer Form darzulegen, beantragt Ihnen die Geschäftsprüfungskommission, der Einsetzung einer PUK zuzustimmen.

Minderheitsantrag Davide Loss, Leandra Columberg, Manuel Kampus und Manuel Sahli:

Auf den Antrag wird nicht eingetreten.

Davide Loss (SP, Thalwil): Die GPK beantragt die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Aufarbeitung eines Datenmissbrauchsvorfalles bei der Direktion der Justiz und des Innern. Es geht hier um einen Vorfall, der sich in den Jahren 2000 bis 2014 ereignet haben soll, wo durch eine externe Gesellschaft fehlerhaft mit Server- und Klientensystemen umgegangen wurde, sprich also Festplatten nicht fachmännisch entsorgt wurden und so sensible Daten in die Hände von unberechtigten Personen gelangten. Es geht aber nicht nur um die Direktion der Justiz und des Innern, es sind auch noch weitere Direktionen betroffen, so namentlich die Sicherheitsdirektion und die Finanzdirektion. Auch diese Direktionen sind hier in diesen Datenmissbrauchsvorfall involviert. In der Folge hat die GPK eine Subkommission eingesetzt, die bereits erste Erkenntnisse gewinnen konnte. Die Subkommission hat – der ehemalige Präsident der GPK hat es erwähnt hat – den Leitenden Oberstaatsanwalt sowie die Datenschutzbeauftragte angehört. Dabei hat sie festgestellt, dass ihr sehr breitwillig Auskunft gegeben wurde und seitens aller involvierten Behörden lückenlose Transparenz geschaffen wurde.

Auch den Bericht der Administrativuntersuchung konnte die Subkommission einsehen. Doch die Arbeit der Subkommission wurde bereits nach wenigen Sitzungen jäh beendet, wir hatten nur zwei Sitzungen zur Sache. Es kam dann der Antrag auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission. Statt dass wir heute bereits erste Erkenntnisse über diesen Datenmissbrauchsvorfall haben, diskutieren wir heute erst und immer noch über die Art und Weise der Aufklärung. Es ist sehr viel Zeit vergangen, Zeit, in der wir bereits erste Erkenntnisse hätten gewinnen können.

Die SP-Fraktion hat sich seit jeher und seit Bekanntwerden dieses Datenmissbrauchsvorfalles für eine lückenlose Aufarbeitung eingesetzt. Eine Parlamentarische Untersuchungskommission ist aber das falsche Mittel. Dieses formalisierte Verfahren verunmöglicht eine Aufklärung dieses Vorfalls im Dialog, in Zusammenarbeit mit den involvierten Behörden. Stattdessen soll mit einem inquisitorischen Verfahren diese Aufarbeitung geschehen, wo die betroffenen Personen

dann Parteirechte haben. Dieses Verfahren rechtfertigt sich erst nach Ausschöpfung aller anderen Mittel. Es ist klar auch daran zu erinnern, dass diese Parlamentarische Untersuchungskommission das schärfste Mittel der parlamentarischen Oberaufsicht ist. Es ist aber eben doch ein sehr formelles Verfahren und es ist nicht damit zu rechnen, dass man einfach rasche Erkenntnisse gewinnen kann. Das bedauert die SP-Fraktion.

Diese parlamentarische Untersuchungskommission war eigentlich von Beginn weg ein bisschen ein Wahlkampf-Gag und jetzt soll man irgendwie noch das Gesicht wahren können mit dieser Einsetzung der Parlamentarischen Untersuchungskommission, und da macht die SP-Fraktion nicht mit. Wir setzen uns ein für Transparenz, aber diese Transparenz soll mit den notwendigen Mitteln geschaffen werden, die bereits existieren. Eine Parlamentarische Untersuchungskommission ist nicht gerechtfertigt. Bereits ein Blick auf die Kosten von geschätzt 1 Million Franken zeigt, wir könnten das Geld im Kanton Zürich für Besseres ausgeben als für eine Parlamentarische Untersuchungskommission. Es ist klar daran zu erinnern und zu ermahnen, dass diese Erwartungen, die in diese Parlamentarische Untersuchungskommission hier gesetzt werden, nicht erfüllt werden können. Es ist also nicht damit zu rechnen, dass die Parlamentarische Untersuchungskommission bessere oder tiefergreifendere Erkenntnisse gewinnen kann als mit den ordentlichen Mitteln der Oberaufsicht, sprich mit der Subkommission der GPK. Wir würden also viel Geld und Ressourcen in etwas investieren, was heute teilweise schon bekannt ist und man, zumindest, wenn man die Subkommission weiter hätte arbeiten lassen, bereits noch detaillierter bekannt wäre.

Wenn wir vergleichen, für was der Kantonsrat bisher eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt hat – das war in zwei Fällen der Fall –, dann muss man feststellen: Das waren schwerwiegende Korruptionsvorfälle, also nicht im Ansatz vergleichbar mit dem Datenmissbrauchsvorfall, wie er heute vorliegt und bereits von der Subkommission untersucht wurde. Auch auf Bundesebene haben wir Parlamentarische Untersuchungskommissionen in ganz anderen Dimensionen. Das Bundesparlament hat entschieden, das Debakel um die Credit Suisse (*Schweizer Grossbank*) zu untersuchen, das ist ein nicht im Ansatz vergleichbarer Vorfall, wo von einem Tag auf den anderen mittels Notrecht mehrere 100 Milliarden ausgegeben wurden. Die Thematik hier rechtfertigt im Vergleich also ebenfalls keine parlamentarische Untersuchungskommission.

Die SP-Fraktion will Transparenz schaffen. Es braucht Transparenz. Man soll diesen Datenmissbrauchsvorfall aufklären und er darf sich nicht wiederholen. Wir sind aber der Meinung, dass dies mit einer PUK nicht zielführend untersucht werden kann. Deshalb beantrage ich Ihnen, auf den Antrag nicht einzutreten. Besten Dank.

Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach): Nein, für einmal geht es nicht um Geld, es geht um Menschenleben, und ich finde es jetzt eine unerhörte Anmassung, dass bei diesem Antrag eine andere PUK als Vergleich herangezogen wird, bei der es zwar um viel Geld ging, die aber in letzter Konsequenz nur einen finanziellen

Schaden aufklären musste. Hier und heute geht es um eine ganz andere Dimension und ich erkläre ihn gerne, weshalb:

Erinnern sie sich an Überlingen: Beim Flugzeugzusammenstoss über dem Bodensee, der sich just vor zwei Tagen zum 21. Mal gejähr hat, kamen nicht nur 71 Passagiere und Crew-Mitglieder ums Leben. Ein weiterer Todesfall, nämlich derjenige des dazumal zuständigen Fluglotsen, war im Anschluss als Folge von Selbstjustiz eines Vaters zu beklagen. Sie müssen sich das mal vorstellen: Eines guten Tages klingelt es an Ihrer Tür und beim Öffnen werden Sie einfach kaltblütig niedergestreckt. Genau so etwas wäre theoretisch auch möglich, wenn die Koordinaten von Strafuntersuchungsbehörden plötzlich einfach frei zugänglich sind, frei zugänglich für Leute, die allenfalls Rachegeleüste hegen, weil sie von eben diesen Strafuntersuchungsbehörden und juristischen Instanzen allenfalls ihrer Freiheit beraubt wurden oder anderweitig juristisch belangt wurden. Und Sie wollen uns hier glauben machen, das ist alles nicht so schlimm! Die potenzielle Möglichkeit, auf offener Strasse oder an seinem Wohnort einfach exekutiert zu werden, ruft unseres Erachtens zwingend und dringend nach einer PUK, und es ist der SVP zu verdanken, dass sie mit ihrer Interpellation den Weg dazu geebnet hat. Und es ist auch nicht so, dass Frau Fehr hier aus der Schusslinie ist, weil die Angelegenheit schon eine halbe Ewigkeit her ist (*Unmutsäusserungen von der linken Ratsseite*). Es ist immer schön: Wenn auf der anderen Seite der Tumult losgeht, weiss ich, dass ich auf dem rechten Kurs bin (*Heiterkeit*). Frau Fehr hat, wenn auch spät, von diesem Datenleck gewusst und war offensichtlich nicht in der Lage, die Tragweite richtig einzuschätzen, sonst wäre sie von sich aus tätig geworden; ein grober Unterlassungsfehler. Zudem ist genau unter ihrer Ägide just ein Teil der Daten vernichtet worden, die es jetzt zur besseren Aufklärung dringend nötig gebraucht hätte. Honni soit qui mal y pense – ein Schelm, wer Böses dabei denkt, aber so viel Zufall kann es nicht geben. Aber zum Glück gibt es ja noch die GPK, die die Geschäftsführung der einzelnen Direktionen zu prüfen hat und solche Führungsmängel politisch aufarbeiten muss.

Nun ist diese Geschichte tatsächlich eine Nummer zu gross für eine Milizkommission, die GPK hat schliesslich noch andere Geschäfte, die ihrer Prüfung bedürfen. Deshalb ist eine saubere Aufarbeitung nur mittels einer PUK zielführend. Und die Kosten sollten angesichts der Brisanz der Angelegenheit auch nicht gegen Menschenleben aufgewogen werden. Und es ist nicht so, dass wir hier Beschäftigungstherapie machen mit einer PUK. Das Ziel ist, die Vorkommnisse rund um den bekanntgewordenen Datensicherheitsvorfall bei der Direktion der Justiz und des Innern und allfälligen weiteren kantonalen Direktionen aufzuklären. Das «Team Fehr und Fehr» (*gemeint sind Regierungsrätin Jacqueline Fehr und Regierungspräsident Mario Fehr*) täte gut daran, Hand zu bieten, um hier schnellstmöglich Licht ins Dunkel zu bringen und so allfällige Vorkommnisse wie nach Überlingen zu verhindern. Es ist schlicht ein Skandal, dass so fahrlässig mit sensiblen Daten umgegangen wurde, und ein ebenso grosser Skandal, dass Daten vernichtet wurden und nicht ansatzweise klar ist, weshalb dies so geschehen konnte.

Als Bülacherin bin ich Seldwyla ja gewohnt, aber diese Angelegenheit kann man sich in seinen schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Untersuchungskommission zu folgenden Sachverhalten Antworten findet:

Erstens: Über welchen Zeitraum hat sich der Datensicherheitsvorfall ereignet?

Zweitens: Wer hat ihn zu verantworten?

Drittens: Wann haben der Regierungsrat und die direktbetroffenen Direktionen davon Kenntnis erhalten?

Viertens: Haben der Regierungsrat und die direktbetroffenen Direktionen zweckmässig, zeitnah und rechtmässig auf den Datensicherheitsvorfall reagiert und angemessen darüber informiert?

Fünftens: Welche Massnahmen lassen sich aus diesem Vorfall ableiten, um solche Inkompetenzen und Fehlleistungen künftig zu vermeiden?

Sechstens: Wie und weshalb werden Daten einfach so vernichtet in unserer Verwaltung?

Und siebtens: Ob und wie können durch das Datenleck Betroffene geschützt werden?

Die abschliessende Liste dieser Untersuchungsgegenstände entnehmen Sie selbstverständlich den Unterlagen. Ich frage Sie hier und jetzt: Können Sie es verantworten, diesen Vorfall nicht vollumgänglich zu klären und so unter Umständen Menschenleben in Kauf zu nehmen? Ich bitte Sie deshalb inständig, diese PUK auf den Weg zu schicken. Hier geht es nämlich für einmal nicht um Geld, sondern um Menschen. Dankeschön.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon): Die Ausgangslage, die zum Antrag der Geschäftsprüfungskommission auf eine Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission geführt hat, ist hinlänglich bekannt. Die abklärenden Vorarbeiten, welche die Geschäftsprüfungskommission im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion in einer Subkommission getätigt hat, werden im Antrag Kantonsratsnummer 172/2023 ausführlich geschildert und beleuchtet, weshalb ich hier nicht mehr darauf eingehe. Zudem hat sie der ehemalige GPK-Präsident eben auch geschildert.

Aus Sicht der FDP wird daraus aber deutlich, dass viele Fragen nicht im Rahmen der ordentlichen Kommissionstätigkeit der Aufsichtskommission untersucht werden können. Dazu fehlen der GPK sowohl die zeitlichen als auch die personellen Ressourcen. Sollte die GPK die Untersuchung selber führen müssen, käme es zu Verzögerungen bei anderen anstehenden Prüfungen. Nicht nur die Aufarbeitung des hier im Fokus stehenden Vorfalles, sondern auch weitere Kontrollen würden sich verzögern und zu lange dauern. Das kann nicht im Interesse einer funktionierenden Aufsichtstätigkeit liegen, weshalb die Einsetzung einer PUK gerechtfertigt ist, auch wenn uns Markus Bischoff (*Altkantonsrat, Präsident der PUK BVK zum Betrugsfall bei der Versicherungskasse für das Staatspersonal*) von der AL in der NZZ vom vergangenen Samstag etwas anderes weismachen will.

Entgegen den Ausführungen des Sprechers des Minderheitsantrags, Davide Loss, hat eine PUK eben einen grossen Vorteil, den Vorteil, dass nicht nur Regierungsratsmitglieder und weitere Leitungspersonen der kantonalen Behörden sowie Mitarbeitende im Kanton befragt werden können, wie es die Paragraphen 110 und 111 Kantonsratsgesetz den Aufsichtskommissionen vorschreiben. Der Paragraph 119 des gleichen Gesetzes besagt nämlich im zweiten Abschnitt zur Parlamentarischen Untersuchungskommission, dass eine PUK legitimiert ist, alle Personen in öffentlichen Funktionen wie auch Privatpersonen, welche der Zeugenpflicht unterstehen, direkt in Befragungen einzubeziehen. Diese erweitert den Untersuchungskreis erheblich, was zu begrüssen ist. Selbstverständlich erwartet die FDP, dass die PUK mit ihren Untersuchungen auf das laufende Strafverfahren Rücksicht nimmt und dieses nicht behindert. Da das Strafverfahren aber noch länger dauern dürfte, kann und darf mit der politischen Aufarbeitung des Vorfalls, welche gravierende Mängel ans Licht brachte, nicht zugewartet werden.

Schlussendlich stellt die FDP ganz grundsätzlich fest, dass Daten an die Öffentlichkeit gelangt sind, wie es in keinem funktionierenden Rechtsstaat geschehen sollte. Zusammen mit dem Vorgenannten ist also die Einsetzung einer PUK angebracht und die FDP unterstützt den vorliegenden Antrag auf die Einsetzung einer PUK. Den Minderheitsantrag von SP, AL und Grünen auf Nichteintreten lehnen wir ab. Gerade die Haltung der SP scheint stark von ihrer Regierungsrätin beeinflusst. Wir kennen ja aus früheren Voten der Justizdirektorin in diesem Saal ihre leicht manipulierende Eloquenz (*Unmutsäusserungen*). Wie gesagt, die FDP unterstützt den Antrag.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Letzte Woche haben wir hier im Zusammenhang mit dem Jahresbericht des Ombudsmanns (*Jürg Trachsel*) vom Vertrauen gesprochen (*KR-Nr. 184/2022*), der Ombudsmann, der das staatliche Handeln für die einzelnen Bürger beaufsichtigt und verständlich macht. Auch heute soll es wieder um Vertrauen gehen. Es geht darum, Vertrauen wiederherzustellen. Gerade auch, wenn wir den Kanton endlich mit der Digitalisierung vorwärtsbringen wollen, was wir dringend müssen, dann ist Datensicherheit vital. Und dann braucht es das Vertrauen der Bevölkerung in den Umgang des Staates mit heiklen Daten. Da wurde und wird viel Vertrauen zerstört.

You can't unscramble scrambled egg – die gravierenden Verfehlungen können nicht rückgängig gemacht werden, wie man so schön sagt. Die gravierenden Verfehlungen können nicht rückgängig gemacht werden, aber das Vertrauen kann wiederhergestellt werden. Ja, es muss wiederhergestellt werden durch eine PUK, durch die Schaffung von Transparenz.

Es wurde gesagt, es gibt bereits eine Strafuntersuchung, das ist richtig und das ist wichtig, aber es gibt auch Fragen, die von einer PUK geklärt werden müssen, die nicht unbedingt justiziabel sind. Eine Strafuntersuchung hat ganz andere Aufgaben. Die Strafverfolgung kann strafrechtlich relevante Verfehlungen zur Anzeige bringen. Wir glauben aber nicht, dass das reicht, um dem staatlichen Handeln wieder den Nimbus zu geben, den es braucht, eben das Vertrauen ins staatliche

Handeln, das Vertrauen in einen verantwortungsbewussten Umgang mit heiklen, mit sensiblen Daten.

Eine PUK hat die Aufgabe, das Handeln der Regierung zu überprüfen, zu hinterfragen, zu analysieren und Empfehlungen zu machen, Vertrauen zu bilden. Und es ist nicht vertrauensbildend, wenn Regierung und Datenschutz sich widersprechen. Es braucht eine PUK, welche sauber aufarbeitet, wo Fehler gemacht wurden, und vor allem mit Empfehlungen sicherstellt, dass solche Verfehlungen nie mehr passieren. Die politisch Verantwortlichen sind zu eruieren und dabei wollen wir, dass breit vorgegangen wird. Es ist nicht oder nicht nur die aktuelle Justizdirektorin, es sind vor allem ihre Vorgänger (*Altregierungsräte Markus Notter und Martin Graf*), es sind aber auch Regierungskollegen. Es sind auch andere Direktionen, die wir anschauen müssen, es geht nicht darum, einzelne Personen unter Druck zu setzen, wie eine der Zürcher Zeitungen in der Schlagzeile behauptet. Aber es kann noch weniger sein, dass jetzt das alles einfach als Wahlkampfgetöse heruntergespielt wird, wie das vonseiten der SP gemacht wird. Aber es kann auch nicht sein, dass wir jetzt «Skandal!» schreien. Wir haben einen seriösen Vorfall, den wir seriös aufarbeiten müssen. Denn es ist unsere Aufgabe als Parlament, Oberaufsicht wahrzunehmen. Und jetzt liegt wirklich ein Fall vor, wo wir diese Aufgabe mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln wahrnehmen müssen. Wir sehen das als unsere Aufgabe, und, um auf die andere Zeitung einzugehen, dies selbst dann, wenn wir damit rechnen müssen, in einzelnen, noch offenen Fragen nicht weiterzukommen, weil die befragten Personen sich nicht erinnern. Aber wollen Sie deshalb wirklich einfach auf eine Untersuchung verzichten? Es sind zu viele Fragen offen. Lückenlose Transparenz müssen wir anstreben.

Und es kann auch nicht sein, dass so gravierende Vorfälle nur durch eine von der Regierung eingeleitete Administrativuntersuchung abgehandelt werden. Es sind Fragen offen. Die GPK hat saubere Vorarbeit geleistet. Sie hat den Antrag verfasst und die entscheidenden Fragen herausgearbeitet. Diese gilt es nun zu klären und, falls nötig, auszuweiten. Dafür eignet sich eine Subkommission der GPK nicht, da fehlen schlicht die Mittel. Wir müssen alle Fragen klären mit der schärfsten Waffe des Parlaments. Das sind wir der Bevölkerung schuldig, das ist unsere Aufgabe. Es liegt an uns, gründlich zu untersuchen, nichts unversucht zu lassen, damit die Verfehlungen aufgedeckt werden können und so etwas nie mehr geschehen kann. Wir wollen das Vertrauen wiederherstellen, auch wenn das aufwendig, auch wenn das kostspielig ist.

Kurz, die Grünliberalen stehen hinter einer PUK. Der Auftrag ist abgesteckt. Wir sind bereit, diesen wahrzunehmen.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Vielleicht gleich vorab, bevor ich mit meiner Rede anfangen, zu meiner geschätzten Kollegin Romaine Rogenmoser: Sie schmettern eine Salve nach der anderen zu sensiblen Daten, schreien hier im Saal herum. Das können Sie machen, aber ist es nicht gerade Ihre Partei, die SVP, die gelegentlich sensitive Daten ein bisschen grosszügig auslegt und Leute an den Pranger stellt, die eigentlich da nicht hingehören? (*Anspielung auf die mehrmalige*

Veröffentlichung von Telefonnummern von Schulmitarbeitenden durch einen SVP-Nationalrat.) Das möchte ich hier nur gesagt haben.

Und jetzt zu meinem Bericht: Bis anhin wurde das Instrument einer PUK äusserst selten angewendet, wirklich, letztes Mal vor Jahren beim BVK-Skandal, und da zu Recht. Bei der Geschichte mit den Staatstrojanern konnte die GPK den Sachverhalt selber bearbeiten, ebenso bei der Aufarbeitung der Missstände während der Corona-Pandemie. Das könnte sie eben auch in diesem Fall. Ich teile die Ansicht, dass es sich beim Datenmissbrauchsvorfall um gravierende Mängel handelt, welche selbstverständlich untersucht werden müssen. Die Grünen wollen, dass diese Angelegenheit sorgfältig, gründlich und umfassend untersucht wird. Wenn wir aber jedes Mal bei einem Skandal eine PUK einsetzen wollen, wäre das nicht zielführend, vor allem, wenn eine Subkommission der GPK bereits gute Vorarbeit geleistet hat.

Zum Sachverhalt: Was vor 2020 geschehen ist, wird ja bereits von der Staatsanwaltschaft untersucht. Diese informierte die JI zu diesem Zeitpunkt vollumfänglich. Was aber sicher untersucht werden muss, ist der Umgang mit eben den sensiblen Daten innerhalb der Verwaltung. Dass in der Informatikabteilung der JI im Jahr 2019 eine grössere Menge von Papierakten vernichtet wurde, wirft natürlich viele Fragen auf. Wie wurde die Entsorgung von Datenträgern im fraglichen Zeitraum in allen Direktionen geregelt, besonders in Bereichen mit sensiblen Daten? Und wie werden diese nach Bekanntwerden des Datenlecks in Zukunft geregelt? Diese Fragen gingen auch aus dem Schlussbericht der Administrativuntersuchung vom 30. März 2021 hervor und das wird ebenfalls von der Staatsanwaltschaft untersucht. Wie im GPK-Bericht richtig ausgeführt, reicht es nicht, sich auf die von der JI durchgeführte Administrativuntersuchung abzustützen, um den Auftrag der parlamentarischen Oberaufsicht, wie beschrieben, zu erfüllen. Wie aufgezeigt, stellen sich rund um die Administrativuntersuchung selbst Fragen, zum Beispiel zur Information des Regierungsrates, der weiteren Direktionen und des Kantonsrates.

Der Nachteil einer PUK wird aber im GPK-Bericht ebenfalls aufgezeigt. Solange das Strafverfahren nicht abgeschlossen ist, droht womöglich eine Kollision zwischen PUK-Verfahren und Strafverfahren, weil davon auszugehen ist, dass es teilweise die gleichen Personen sind, die sowohl im Rahmen des Strafverfahrens als auch durch die PUK zu befragen sind. Deshalb soll die PUK-Untersuchung koordiniert zum Strafverfahren erfolgen, um diese nicht zu behindern. Wann das Strafverfahren abgeschlossen werden kann, ist noch nicht ersichtlich, das kann ewig dauern. Deshalb ist eine Minderheit der GPK-Mitglieder der Meinung, dass im Gegensatz zum GPK-Beschluss eine Subkommission den zu stellenden Fragen vielleicht doch besser nachgehen kann, ohne die reguläre Arbeit des Staatsanwalts zu verhindern. Und wir hätten das schon längst tun können, statt jetzt Monate damit zu verbringen, ein Instrument zu suchen.

Zudem teilen wir die Meinung, wie seitens der bürgerlichen Mehrheit befürchtet wird, dass wir uns innerhalb der GPK zu stark mit Arbeit belasten würden, keinesfalls. Ob in der Datenleck-Affäre eine PUK eingesetzt werden sollte oder nicht, ist meines Erachtens eine rein politisch gewichtete Angelegenheit, die aber

immerhin gut 800'000 bis 1 Million Franken kosten wird. Die Grünen sind jedoch überzeugt, dass die nötige Transparenz, welche wir in dieser Angelegenheit fordern, durch die Strafuntersuchung und durch eine Subkommission der GPK vollumfänglich hergestellt werden kann. Wenn die Mehrheit dieses Rates eine Untersuchungskommission beschliesst, werden wir Grünen uns in dieser Kommission engagieren und unseren Teil zur Aufdeckung aller relevanten Umstände beitragen. Besten Dank.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Es ist tatsächlich ein Skandal, was mit den Daten passiert ist, und der Präsident der GPK hat darauf hingewiesen, dass es jetzt notwendig sei, die verschiedenen Fragen zu klären. Als einfacher Hausarzt gehe ich immer gleich vor, ich schaue mal, was passiert ist: Ein Skandal. Das bedeutet, die Emotionen sind hoch. Und wenn die Emotionen hoch sind, dann sollte man sie wieder dämpfen und auf den Boden kommen. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist: Wenn ich eine Untersuchung veranlasse, überlege ich mir die Konsequenzen. Nehmen Sie zum Beispiel, das hat der Präsident klar gesagt: Wir wissen nicht genau, wann was begonnen hat mit diesem Skandal. Und um zu wissen, dass dann der Regierungsrat geschlafen hat und blind war auf einem Auge, dazu brauche ich keine PUK, das ist offensichtlich, ebenso ist diese PUK unnötig, um herauszufinden, wann es war. Und wenn wir es herausfinden und sagen «der und die und der und der hat einen Fehler gemacht», dann ist das auch unwesentlich, ausser es handelt sich um eine strafrechtlich relevante Tat. Und da, glaube ich, ist die Staatsanwaltschaft besser aufgestellt als wir Hobby-Staatsanwälte.

Im Weiteren heisst es: Man will schauen, dass es nicht mehr vorkommt. Dazu braucht es keine PUK. Wir haben eine Datenschutzbeauftragte, wir haben die Gesetzgebung und es liegt an der Regierung oder am Parlament festzustellen, wenn es Lücken hat in der Legiferierung, dazu braucht es keine PUK. Lassen Sie die Emotionen weg! Dass Frau Fehr vor den Wahlen etwas speziell reagiert hat, auch das kann man begreifen. So kann ich auch begreifen, dass einige Leute emotional reagiert und nach einer PUK geschrien haben, aber der Wahlkampf ist vorbei, Emotionen sind runter. Lehnen Sie die Einsetzung dieser PUK ab.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Eine Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission fordert die Einsetzung einer PUK, wir haben es gehört, welche den Datensicherheitsvorfall bei der Direktion der Justiz und des Innern und allfälligen weiteren Stellen untersuchen soll. Gleich vorneweg: Die EVP ist nicht in der GPK vertreten und hat deshalb wahrscheinlich nur einen begrenzten Einblick in die ganzen Vorgänge, die mit dem Stichwort «Datensicherheitsvorfall» beschrieben werden. Und vielleicht ist das auch der Grund, dass sich uns auch nach intensivem Studium der Akten nicht erschliesst, was denn diese PUK jetzt genau untersuchen will beziehungsweise untersuchen soll und was dann am Schluss der finale Nutzen dieser Untersuchung sein könnte. Geht es um den Vorgang des Datendiebstahls oder Datenmissbrauchs im Zusammenhang mit der Entsorgung von Datenträgern aus den Jahren 2000 bis 2014? Geht es um Verletzung von Amtsgeheimnissen? Geht es um Verletzungen von Auskunfts- und Informationspflichten? Geht es um die

Vernichtung von Aufzeichnungen im Jahr 2019? Oder geht es um alles zusammen? Oder geht es um etwas ganz anderes? Was für uns klar ist: Aktuell gibt es mehrere laufende Strafverfahren, die noch nicht abgeschlossen sind. Ermittelt wird gegen konkrete Personen mit konkreten Tatvorwürfen und gegen unbekannt. Und hier entsteht eine Interessenkollision: Bei einer PUK gilt für alle Befragten eine Mitwirkungs- und Auskunftspflicht. Das heisst, die befragten Personen müssen der PUK Auskunft erteilen. Die PUK selber wird kein Urteil fällen und keine Strafen verfügen. Anders beim Strafverfahren: Hier können die Befragten das Recht, dass sie sich selber nicht belasten müssen, in Anspruch nehmen und eine Aussage verweigern. Wie verhält es sich nun, wenn gegenüber der PUK eine Aussage gemacht werden muss, die im gleichzeitig laufenden Strafverfahren einen selber belasten würde? Darf die Staatsanwaltschaft eine vor der PUK gemachte Aussage dann im Strafverfahren verwerten? Oder erwarten wir dann allen Ernstes, dass eine Auskunftsperson gegenüber der Staatsanwaltschaft keine Aussage macht, sich nicht mehr erinnern mag und gegenüber der PUK dann alle Karten auf den Tisch legt? Das wäre naiv.

Aus Sicht der EVP wäre es zweckmässiger, zuerst das Strafverfahren abzuwarten und allenfalls dann eine PUK einzusetzen, falls es denn wirklich noch nötig sein sollte. So wurde es übrigens auch bei den zwei vorhergehenden PUK, die der Kantonsrat losgetreten hat, in früheren Jahren gemacht. Doch an Geduld scheint es zu fehlen. Viel lieber will man jetzt endlich mit der PUK loslegen, wir haben es gehört und gespürt, lieber schon gestern als erst morgen. Woher diese Hektik? Liebe Kolleginnen und Kollegen von SVP, FDP und GLP, weshalb plötzlich diese Hektik? Denn wenn Sie schon auf Teufel komm raus untersuchen wollen, dann gäbe es noch viele Themen, wo es sich lohnen würde, genauer hinzuschauen. Zum Beispiel wurde im Jahre 2004 der erste Anlauf gemacht, ein elektronisches Grundbuchregister einzuführen. Im Jahre 2010 wurde uns versprochen, dass es jetzt kommt. Im Jahre 2023 warten wir noch immer darauf. Oder wie war das mit dem Pandemielager (*gemeint sind Medikamentenlager*), das eigentlich der Kanton hätte führen müssen? Und plötzlich waren wir mitten in eine Pandemie mit leeren Regalen. Oder man könnte untersuchen, weshalb das Untersuchungsgefängnis Zürich West noch immer nicht in Betrieb ist oder weshalb es immer noch möglich ist, dass man Handys in Gefängnisse reinschmuggeln kann. Oder was wir an diesem Wochenende lesen konnten: Wie war das genau mit den Vorgängen am Unispital in der Herzklirik? Sie sehen, es gäbe noch viel Spannendes, aber vor allem viel Wichtigeres zu untersuchen.

Und was ist das Ziel einer PUK? Sie führt eben kein Strafverfahren, sondern sie dient der politischen Aufarbeitung. Damit eine solche Aufarbeitung möglich ist, muss man sich einen Überblick verschaffen. Und dieser Überblick, den bekommen Sie, wenn das Strafverfahren abgeschlossen ist.

Für die Arbeit dieser PUK wird mit Kosten von rund 1 Million Franken gerechnet. In fünf Monaten haben wir hier drin die Budgetdebatte, und es sind dann exakt die gleichen Parteien, die jetzt nach einer PUK schreien, die sich dann wieder darüber beklagen, wie ineffizient der Staat sei, wie aufgebläht er sei und was das

alles koste und nichts bringe. Ich werde Sie dann gerne daran erinnern. Wir könnten jetzt streiten, ob 1 Million Franken viel oder wenig ist, aber es geht gar nicht um den Betrag, sondern es geht darum, welche Wirkung Sie damit erzielen. Das ist die alles entscheidende Frage bei dieser PUK. Welche Wirkung wird erzielt? Und rechtfertigt am Schluss der Aufwand die erzielte oder die zu erwartende Wirkung? Diese Frage werden wir uns am Schluss, wenn dieser PUK-Bericht dereinst einmal vorliegen wird, auch stellen müssen: Hat sich nun dieser Aufwand gelohnt? Konnte eine Wirkung erzielt werden, die das alles rechtfertigt?

Wir haben eine unklare Faktenlage. Wir haben ein laufendes Strafverfahren. Letzten Endes ist diese PUK ein Fischen im Trüben. Man investiert viel Zeit und Geld für eine Untersuchung mit ungewissem Ausgang und hofft dann, am Ende einen guten Fang zu machen, der all den Aufwand rechtfertigt. Bei dieser Ausgangslage ist für die EVP die Einsetzung einer PUK unverhältnismässig und wir werden dem Minderheitsantrag Loss zustimmen. Und falls der Antrag zur Einsetzung einer PUK trotzdem eine Mehrheit findet – und so sieht es ja aus –, kann ich Ihnen zusichern, dass selbstverständlich unsere Fraktion trotz aller Bedenken einen Vertreter in die PUK delegieren wird, der ergebnisoffen und engagiert in dieser Kommission mitarbeiten wird.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich bin fast ein wenig schockiert: Beim Votum von Frau Rogenmoser zu Beginn könnte meinen, bei uns im Kanton würden Bloods und Crips (*miteinander verfeindete grosse US-amerikanische Gangs*) wüten und wie bei der sizilianischen Mafia Vertreter unserer Justizbehörden vor ihrer Haustür ermordet werden. Ja, so tönt es hier, aber bitte kommen Sie zurück auf den Boden. Doch um was geht es überhaupt bei all diesen scharfen Worten? Wir müssen hier erst einmal ein Jahrzehnt oder sogar ein wenig weiter zurückblicken, um überhaupt zu sehen, was passiert ist. Denn damals geschah der Fehler, dass der Kanton die Entsorgung der damaligen Arbeitsplätze an eine privatwirtschaftliche Firma vergeben hat, die nicht seriös arbeitete beziehungsweise nicht seriös mit den ihr anvertrauten Arbeitsplätzen umging. Die PC beziehungsweise zumindest die dort gespeicherten lokalen Daten landeten im Milieu. Was nicht passiert ist – und dann hätte der Fall nämlich eine völlig andere Dimension und das ist hier auch wichtig –, es wurden keine gesamten Datensätze oder Datenbanken beziehungsweise keine systematischen Daten durch irgendwelche Indiskretionen geraubt. Es gab auch kein Datenleck, soweit bekannt, durch kantonale Mitarbeitende. Es hat weder ein Staatsanwalt noch ein Polizist im grossen Stil Daten geleakt, gestohlen oder irgendetwas in dieser Form, etwas, bei dem man von der Tragweite her klar sagen müsste, das müsste man untersuchen, warum und wie das möglich ist. Nein, soweit wir wissen, ist es offenbar ein Sammelsurium von Daten aus alten Arbeitsplätzen, vielleicht auch noch aus anderen Quellen. Und dies ist schlichtweg zu wenig für die Einsetzung einer PUK, zumal wir ja durch das neue Kantonsratsgesetz die Aufsichtskommissionen gestärkt haben. Was bleibt, ist ein im Vorfeld der Wahlen geforderter Antrag auf Einsetzung einer PUK. Und damit Sie nun Ihr Gesicht wahren können, müssen Sie an diesem Antrag festhalten.

Wir von der AL haben im Vorfeld zumindest versucht, den Antrag ein wenig zu verbessern, indem man den Untersuchungsgegenstand breiter aufstellen wollte; breiter, nämlich über alle Direktionen hinweg, und auch ein bisschen auf einer höheren Ebene. So kann man zum Beispiel auch anschauen, ob der Kanton rechtzeitig seine Informatikstrategie gesamtkantonale aufgestellt hat beziehungsweise wie er das Ganze unter ein Dach gestellt hat.

Nun, was spricht aber für eine PUK? Das Vertrauen in den Staat, ich glaube, das ist der wichtigste Punkt, Benno Scherrer hat ihn genannt. Wir würden unseren Teil dazu auch beitragen bei der Untersuchung. Ich habe durchaus auch gehört von gewissen Leuten, die, beeindruckt durch die Berichterstattung, nicht so ganz verstehen, was hier los ist. Man könnte sagen: Ja, gut, eine PUK würde das Vertrauen hier durchaus stärken. Doch hierfür musste man schon Vorgänge haben, die eine PUK auch rechtfertigen, und was wir hier haben, ist wohl schlicht zu wenig. Trotzdem möchte ich dies hier nicht als Katastrophe hinstellen, wenn wir eine PUK beschliessen. Dies mag vielleicht auch daran liegen, dass ich mich als Linker, um Ihren Vorurteilen gerecht zu werden, weniger um die Kantonsfinanzen kümmere. Es kann durchaus sein, dass die in der PUK dann untersuchten Fragen für mich als Informatiker auch interessant sind, insbesondere die heutige Situation in der gesamten kantonalen Verwaltung, nicht nur in der JI. Oder auch rückblickend – ich habe es bereits erwähnt – kam eine gesamtkantonale Strategie hierzu zu spät beziehungsweise wurde zu spät beschlossen. Aber die PUK kann sich auch als teurer Bumerang erweisen, insbesondere dann, wenn sie sich noch mit der Strafuntersuchung beisst, wie zuvor auch bereits erwähnt. Und zu guter Letzt kann man sich natürlich auch fragen, warum solch ein Wahlkampf-Vorstoss auch noch nach den Wahlen so breit und von allen bürgerlichen Parteien unterstützt wird. Nun ja, diese Frage lässt sich vielleicht ein bisschen beantworten, denn dem Vernehmen nach wurde hier bei den Bürgerlichen offenbar Vertretern der GLP bereits das Präsidium versprochen. Sie können dies ja gerne noch bestreiten, aber für mich ist dies eine gute Erklärung, warum Sie hier alle doch geschlossen hinter diesem eher komischen beziehungsweise schräg in der Landschaft stehenden PUK-Antrag stehen.

Wie gesagt, wenn das Parlament hier eine PUK will, ist es für die AL auch kein Beinbruch. Und wir sind ja auch sicher, dass dann irgendwas gefunden wird. Aber dies auch nur, weil man sich ansonsten am Schluss eingestehen müsste, dass hier im Ratssaal ein bisschen zu leichtfertig mit Geld um sich geschmissen wurde, um damit eine PUK zu gründen. Aber wenn man die Sache bei Lichte betrachtet, brauchen wir hier keine PUK und die GPK kann diese Vorkommnisse gut selber untersuchen. Und sollten Ihre Vertreter, liebe Bürgerliche, hierfür keine Kapazitäten haben, sollten Sie vielleicht intern schauen, dass Sie passende Vertreter in die entsprechende Kommission abordnen. Besten Dank.

Bernhard im Oberdorf (SVP, Zürich): Ich selber war ja von 2017 bis 2021 im Zürcher Stadtparlament in einer PUK. Ich kenne den Aufwand, er ist gross. Aber im vorliegenden Fall muss ich sagen, dass ich differenzieren muss zwischen den Argumenten der Mitte und der EVP und der Linken; ich meine damit SP, Grüne

und AL. Die Linken reden immer dafür, dass es notwendig sei, Transparenz zu schaffen. Aber hier, wenn ich diese Argumentation höre, geht es eher darum, diese Transparenz zu verwedeln. Das ist ein völliger Widerspruch. Es wird darauf hingewiesen, dass die Staatsanwaltschaft mit einem Strafverfahren tätig sei. Das war damals im Zürcher Stadtparlament genau so der Fall und man konnte die PUK sehr gut realisieren neben der Strafuntersuchung, das hat sich gegenseitig überhaupt nicht gestört. Ich war auch Mitglied in der GPK, habe gesehen, dass die Arbeit für die GPK zu gross ist. Wir hatten auch eine Subkommission. Wir haben feststellen müssen, dass die Arbeit auch für die Subkommission zu gross und dass es nicht hinreichend war. Wenn wir hier wirklich wieder Vertrauen schaffen wollen, dann bleibt nichts anderes übrig, als eine PUK einzusetzen. Damals im Stadtparlament hat sich auch der Millionenaufwand gelohnt, denn wir haben dann daraus die Lehren gezogen.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Wir konnten diese Woche lesen, dass beim Bund Millionen von Datensätzen in die Hand von Cyberkriminellen geraten sind. Und was haben wir von Bundesrätin Karin Keller-Sutter, FDP, gehört? Dass dieser Vorfall schleunigst aufgeklärt wird und dass schleunigst Massnahmen getroffen werden, damit das nicht mehr vorkommen kann. Und was haben wir von Nationalrat Alfred Heer, SVP, heute im «Blick» lesen können? Die GPK des Bundes, des Nationalrates müsse forciert dahinter gehen und alles untersuchen. Sie hören richtig, Ihre eigene Partei will die GPK in einem Fall untersuchen lassen, der bedeutend grösser ist als der vorliegende. Und man handelt sofort. Sie hingegen hatten vom 28. November 2022 bis heute, 3. Juli 2023, Sie hatten über ein halbes Jahr Zeit, um endlich mit der Untersuchung anzufangen. Offenbar ist Ihnen das inhaltlich wahnsinnig wichtig. Sie sind richtig gierig darauf, das untersuchen zu können, und können so lange warten? Man wird den Eindruck also nicht los, dass diese PUK vor allem dazu gedient hatte, Einfluss auf die Kantonswahlen zu nehmen, und man kann jetzt nicht mehr zurückkriechen, obwohl: Ich finde, es würde Ihnen gut anstehen, wenn Sie heute zurückkriechen würden. Denn Köpfe hat es ja schon gekostet. Sie wissen, dass derjenige, der die Anfrage damals am 28. November 2022 eingereicht hat (*gemeint ist Altkantonsrat Valentin Landmann*) ja nicht mehr gewählt worden ist. Offenbar wurde das von der Bevölkerung nicht unbedingt so goutiert. Einfach damit Sie uns nicht missverstehen, meine Damen und Herren Bürgerliche, auch wir Grüne wollen selbstverständlich Aufklärung über diese Vorfälle. Nur bedauern wir es, dass wir jetzt ein halbes Jahr lang warten mussten, bis wir diese Vorfälle aufklären können. Wir haben ja drei Verfahren, die laufen: Wir hatten eine Administrativuntersuchung, die abgeschlossen ist. Wir haben ein laufendes Strafverfahren und wir hätten eigentlich die GPK mit einer geschulten eingeübten Subkommission, die das hätte untersuchen können, aber bis heute nicht kann. Warum Sie bei diesen drei Mitteln noch eine PUK obendrauf setzen wollen, ist mir, ganz ehrlich gesagt, nicht verständlich. Denn wir haben es gehört, eine PUK ist teuer, arbeitet sehr lang. Ich schätze, das Verfahren wird am Ende etwa drei Jahre dauern, weil sie schliesslich am Ende ja irgendetwas finden müssen. Sie schiessen also, gelinde gesagt, mit Kanonen auf Spatzen. Denn was

glauben Sie, dass sie am Ende für diese Million bekommen, was sie nicht auch sonst hätten bekommen können? Diese Frage stellt sich insbesondere, wenn man die drei Untersuchungsgegenstände betrachtet, die die GPK formuliert hat: Umgang mit dem Datensicherheitsvorfall seitens des Regierungsrates, der Direktionen und weiterer Behörden. Das ist eine klassische, typische GPK-Frage, und genau darauf ist die GPK spezialisiert und sind ihre Mitglieder eingeübt. Warum wollen Sie jetzt völlige Neulinge in solchen Fragen in eine PUK setzen, die Sie im Grunde genommen von vorne wieder einschulen müssen, damit sie da richtig vorgehen können? Zweiter Untersuchungsbereich: Informationssicherheit in den Direktionen. Auch dies ist eine typische GPK-Frage, wie sie im Bilderbuch steht, eine Frage der Oberaufsicht. Es ist unklar, was eine PUK hier besser machen kann als die GPK. Und dritter Bereich: Zeitraum des mutmasslichen Datensicherheitsvorfalls. Klar da muss ich sagen, das ist ein PUK-Bereich, da kann eine PUK untersuchen. Nur kommen Sie da automatisch in Kollision mit der laufenden Strafunter-suchung, die genau dieses Thema untersucht. Der Bereich also, dieser dritte Bereich, in dem eine PUK untersuchen kann, ist extrem schmal, weil Sie immer schauen müssen, dass Sie der Staatsanwalt nicht auf die Füsse treten. Sie sehen also, diese Million ist falsch eingesetzt. Sie wird nicht zu mehr Transparenz führen als die anderen Verfahren und sie wird nicht zu mehr Transparenz führen, als die GPK es kann. Das alles erklärt mir schon auch ein bisschen, warum diese PUK ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Der ehemalige GPK-Präsident Beat Habegger hat die Fakten bereits ausführlich und sehr gut dargelegt. Die GPK hat nach unserer dringlichen Interpellation mit der Einsetzung einer Subkommission ihre Arbeit zur Aufarbeitung der Vorfälle aufgenommen. Dass die GPK nun zum Schluss gekommen ist, dass für die Aufarbeitung die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission notwendig ist, bestätigt unsere Vermutungen. Solche Vorfälle dürfen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen, es geht um die Glaubwürdigkeit unseres Systems. Die Untersuchungsgegenstände, welche durch die GPK definiert wurden, sind zweckmässig. Die Beantwortung all dieser Fragen ermöglicht es uns, die Vorfälle aufzuarbeiten. Und mit dem Blick in die Zukunft geben diese Antworten die notwendige Gewissheit, dass dies in dieser Form nicht mehr passieren kann und darf. Dass eine PUK das falsche Mittel sei, ist unverständlich. Es braucht ein solches Verfahren, denn nur damit kann sichergestellt werden, dass dieser folgeschwere Fall genügend sorgfältig, mit breiter Akzeptanz politisch aufgearbeitet wird. Wenn ein Vorfall dieses Ausmasses keine PUK rechtfertigt, was dann? Eine Administrativuntersuchung, welche durch die gleiche Direktion geführt wird, die solche Vorfälle zugelassen hat, wird kaum die gleiche Akzeptanz erhalten.

Das Verfahren wird nicht wenig kosten, das wissen wir. Ein vorbildlicher Rechtsstaat und eine funktionierende Demokratie kosten nun mal. Es gibt Ausgaben, die unnötig sind, und es gibt Kosten, die gerechtfertigt sind. In diesem Fall trifft das Letztere zu. Nur wenn solche Fälle ernsthaft aufgearbeitet werden und für die Bevölkerung Gewissheit geschaffen wird, dass das so nicht mehr vorkommen kann,

stärkt es die Demokratie. Um das geht es – nicht darum, mit dem Finger auf Personen zu zeigen. Nochmals, es geht um eine vollständige und transparente politische Aufarbeitung. Es geht um die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in unser System.

Ich bedanke mich für die bisherige Arbeit der GPK. Bitte ermöglichen Sie die notwendige politische Aufarbeitung und stimmen Sie der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu. Besten Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich bin doch etwas erstaunt über die Voten von links und ich frage Sie, Kolleginnen und Kollegen: Wissen Sie, was das höchste Gut eines Staates ist? Wissen Sie, was das höchste Gut eines Staates ist? Es ist das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat. Und was passiert, wenn es nicht mehr vorhanden ist, das sehen wir im Moment in unserem Nachbarland Frankreich (*Anspielung auf Unruhen nach einem Fall von Polizeigewalt*). Das wollen wir nicht. Dazu gehört es eben auch, dass Dinge, die nicht passieren sollten und trotzdem passieren, nicht einfach unter den Tisch gewischt, sondern lückenlos aufgeklärt werden. Ja, zum Glück haben wir eine Staatsanwaltschaft, welche die strafbaren Handlungen von Amtes wegen untersucht. Wir haben zwar schon damals bei der Interpellation gesagt, dass wir darüber, dass es nicht eine externe Staatsanwaltschaft ist, auch ein bisschen erstaunt sind, weil das Ganze ja einen Teil unserer eigenen Verwaltung betrifft und die Staatsanwaltschaft zwar unabhängig von der Verwaltung, aber eben trotzdem Teil dieser Verwaltung ist. Das möchte ich da noch anfügen.

Aber längst nicht alles, was hier vorgefallen ist, ist strafbar. Und einiges ist vielleicht auch bereits verjährt. Und trotzdem braucht es diese lückenlose Aufklärung. Und nur eine PUK, das haben wir ebenfalls schon gehört, kann Einvernahmen aller Personen in öffentlichen Funktionen sowie Privatpersonen durchführen. Da wäre die GPK eingeschränkter. Auch würde es die Ressourcen der GPK übersteigen. Und Sie sprechen von den Kosten. Ja, die Subkommission kostet auch. Und ja, wenn Sie eine Subkommission genau dieselbe Arbeit machen lassen, dann kostet auch diese. Ja, sie wäre vielleicht kleiner, als die PUK, die wir jetzt dann beschliessen. Aber sehen Sie, die PUK hat den Vorteil, dass alle Parteien drin sind. Aber das wollen Sie offensichtlich dann doch wieder nicht. Aber eigentlich wollten Sie doch mitmachen, also haben Sie da ja einen Widerspruch in sich selber. Wir wollen eben, dass eine unabhängige Aufklärung stattfinden kann. Ja, und es sollen alle Parteien vertreten sein. Aber Sie widersprechen sich selber, indem Sie sagen: Das macht eine Subkommission der GPK, da sind nur wenige Parteien vertreten drin. Auf der anderen Seite wollen Sie selber mitmachen bei einer lückenlosen Aufklärung. Und an Herrn Sahli, zum Präsidium: Jawohl, es kann eigentlich nur die GLP sein. Wissen Sie, weshalb? Weil es keinen Sinn macht, dass eine Partei, die in der Regierung vertreten ist, das PUK-Präsidium führt. Es muss unabhängig sein. Es soll eine Partei sein, die nicht in der Regierung ist und es soll eine Partei sein, die eine PUK befürwortet, und sicher nicht eine, die gegen eine PUK ist. Und dann bleibt eben die GLP, das haben wir jetzt gehört. Deshalb: Jawohl, wir unterstützen das Präsidium der GLP genau aus diesen Gründen. Es kann

in diesem Fall eigentlich nur die GLP sein, ein anderes haben Sie jetzt gerade selber verspielt (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*). Ja, wie erwähnt, es geht ums Vertrauen in den Staat. Die SVP-Fraktion will, dass die Bevölkerung im Kanton Zürich auch weiterhin Vertrauen in den Staat hat. Offensichtlich wollen Sie, liebe SP, Grüne, EVP und Mitte, das nicht. Sie wollen nicht, dass die gleichen Massstäbe angewendet werden bei Missständen von einfachen Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedern der Verwaltung. Nein, da schauen Sie weg und wundern sich, wenn die Leute auf der Strasse dann kein Vertrauen mehr haben in den Staat. Glauben Sie uns, der Wahlkampf ist vorbei und wir bleiben bei unserer Haltung. Die Hintergründe des Datenlecks müssen aufgedeckt werden, und auch, wie mit festgestellten Fehlern umgegangen wird. Die Aktenvernichtung im Jahr 2019 kam ja so nur rein zufällig zum Vorschein.

Jetzt auch noch an die Adresse von Herrn Forrer: Wir waren die Ersten, die reagiert haben mit der Interpellation. Sie wollten damals nicht einmal eine Aufdeckung, und jetzt argumentieren Sie, liebe SP und Grüne, es gehe zu langsam. Sie haben das verzögert, Sie haben einen Minderheitsantrag gestellt. Und die EVP argumentiert auch gegen die PUK, es gehe zu schnell. Ja, was wollen Sie? Geht es jetzt zu schnell gemäss EVP, weil wir die Strafuntersuchung abwarten müssen, oder geht es zu langsam? Wir wollen eine saubere Aufklärung, damit genau die richtigen politischen Schlüsse daraus gezogen werden können, damit das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat wiederhergestellt werden kann und damit wir vielleicht die Legiferierung anpassen können, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Herzlichen Dank, wenn Sie die Einsetzung der PUK unterstützen.

Davide Loss (SP, Thalwil) spricht zum zweiten Mal: Wir von der SP-Fraktion haben seit Beginn Transparenz, lückenlose Transparenz gefordert. Es ist schlichtweg unwahr, wenn Sie uns unterstellen, dass wir hier wegschauen wollten. Wir haben in der ersten Fraktionserklärung nach Bekanntwerden eine lückenlose Transparenz gefordert und wir haben auch die Justizdirektorin für die Kommunikation kritisiert, das möchte ich einmal festhalten. Im Unterschied zu Ihnen, meine Damen und Herren von der SVP, wollen wir keine Skandalisierung. Wir wollen eine sachliche, fundierte, lückenlose Abklärung. Sie wollen eine Skandalisierung und haben vermutlich schon wieder den Wahlkampf in vier Jahren vor Augen.

Im Übrigen ist es ja nicht so, dass in der GPK nicht alle Parteien vertreten sind, es sind fast alle vertreten. Und in der Subkommission und auch in der Arbeit der Geschäftsprüfungskommission ist es so, das hat Altkantonsrat Hans-Peter Amrein schön gesagt: Wir legen das Parteibuch weg, wenn wir arbeiten. Wir arbeiten Hand in Hand, alle Parteien zusammen und analysieren das. Wir haben gemeinsam mit der Justizdirektion, mit der Oberstaatsanwaltschaft und der Datenschutzbeauftragten erste Erkenntnisse gewinnen können. Sie haben verhindert, dass wir heute bereits erste Erkenntnisse vorliegen haben. Sie wollten das nicht, Sie wollten ein überaus kompliziertes, ineffizientes Verfahren, sodass wir uns heute, ein halbes Jahr später, erst einmal darüber unterhalten können, wie wir das überhaupt

untersuchen sollen. Fakt ist: Ihnen geht es nicht um die Sache. Ihnen geht es darum, «Skandal!» zu schreien, Ihre Voten haben es bewiesen.

Der einzige wirkliche Unterschied der Arbeit der GPK, der Subkommission, zur Parlamentarischen Untersuchungskommission ist die Zeugnispflicht. Das heisst, dass Personen, die nicht innerhalb der Verwaltung arbeiten, verpflichtet sind, bei der Parlamentarischen Untersuchungskommission auszusagen. Ja, wurde denn jemals in dieser Arbeit der Subkommission jemand vorgeladen, der nicht kam oder der keine Auskunft erteilen wollte? Es gibt überhaupt keine Notwendigkeit für diese Zeugnispflicht und für die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission. Es schadet eben vor allem auch dem Strafverfahren, das läuft. Diese Strafverfahren müssen unbedingt mit der parlamentarischen Untersuchung koordiniert werden. Es ist darauf Wert zu legen, dass hier die Aussagen eben dann nicht unverwertbar werden, denn die Aussagen vor der Parlamentarischen Untersuchungskommission können im Strafverfahren nicht verwertet werden. Da ist ein grosses Augenmerk darauf zu legen, und die Subkommission hat hier sehr gute Erfahrungen mit der Oberstaatsanwaltschaft gemacht. Wir haben alle notwendigen Informationen bekommen.

Dann noch zum Vorwurf der geschätzten Kollegin Hoss-Blatter, dass es uns hier darum gehe, die Justizdirektion, die Justizdirektorin zu schützen, die sich – ich zitiere – mit eloquenter Manipulation herausredet. Ich muss ehrlich sagen, Sie sind eigentlich eine begabte Rednerin, Ihr Votum heute fand ich jetzt nicht besonders eloquent.

Wir haben von Beginn weg – ich habe es bereits erwähnt – die Justizdirektorin kritisiert, wo sie Fehler gemacht hat. Wir wollen aber eine sachliche Aufklärung. Die Erwartungen, die Sie hier schüren – das kann ich Ihnen jetzt schon sagen –, werden nie erfüllt werden. Sie werden dann irgendetwas finden müssen, damit Sie sich dann nicht vorwerfen lassen müssen, eine parlamentarische Untersuchungskommission für nichts eingesetzt zu haben. Aber der Berg wird wohl eine Maus gebären.

Abschliessend nochmals: Das Vertrauen – da bin ich mit allen Vorrednerinnen und Vorrednern einverstanden – ist das wichtigste Gut. Wir müssen dieses Vertrauen wiederherstellen. Das tun wir aber nicht, indem wir «Skandal!» schreien und eine Parlamentarische Untersuchungskommission fordern. Das machen wir, indem wir sachorientiert und parteiunabhängig an die Sache herangehen, so wie es die Subkommission getan hat. Sollte der Rat heute die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission beschliessen, wird selbstverständlich die SP-Fraktion kooperieren und mitarbeiten, damit diese lückenlose Aufklärung geschehen kann. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Nach dem von mir vorhin Geschilderten sollte eigentlich klar sein, wieso Sie mit der Einsetzung dieser PUK so lange gewartet haben: Erstens ist der mittlerweile bekannte Untersuchungsbereich, den Sie neben der Staatsanwaltschaft noch untersuchen können, extrem schmal. Es bleibt Ihnen gar nicht mehr viel übrig, sprich: Sie müssen sich da noch auf andere Felder konzentrieren, wie mein Kollege Loss es gesagt hat,

und noch das eine oder andere Skandalchen aufdecken, um dann doch noch etwas zu haben. Ich denke, Sie haben sechs Monate mit der Einsetzung gewartet, weil es Ihnen eben selber schon ein bisschen mulmig geworden ist und die Fragwürdigkeit dieser PUK auch bei Ihnen langsam angekommen ist und Sie der ganzen Sache auch nicht mehr so richtig trauen. Aber Sie werden dann in drei Jahren vor den Wahlen wieder geradestehen und mit geschwellter Brust sagen: Siehe da, das haben wir gefunden, das haben wir untersucht. Nun gut, ich kann Sie nicht davon abhalten, Sie werden diese PUK einsetzen wollen und werden dem hier zustimmen. Ich habe einfach da eine Bitte: Bitte untersuchen Sie auch die Entsorgung der Daten in den anderen Direktionen, und zwar auch so ebenso intensiv wie in der Justizdirektion. Untersuchen Sie das auch in der Sicherheitsdirektion, wo sensible Daten vorhanden sind. Untersuchen Sie das auch in der Finanzdirektion. Denken Sie zum Beispiel an die Steuerdaten. Und selbstverständlich vergessen Sie nicht, wo das AfI, das Amt für Informatik, angesiedelt ist, das eigentlich sehr involviert sein müsste in diesen Skandal hier, wie Sie ihn nennen, nämlich in der Finanzdirektion. Untersuchen Sie also bitte auch das AfI im fraglichen Zeitraum von 2000 bis 2014.

Und Kollege Hübscher, ich meine, ich finde es ja gut, dass Sie wieder einmal erstaunt sind über uns, aber Sie machen es sich jetzt doch ein bisschen einfach. Selbstverständlich wollen wir Transparenz. Selbstverständlich wollen wir, dass das Vertrauen im Staat besteht und wir wollen auch eine Untersuchung. Wir reden hier nur über die Mittel. Wir reden darüber, dass wir die GPK als adäquate Institution in diesem Staat betrachten, um das alles zu untersuchen, und finden die Kanone, die Sie hier jetzt auffahren wollen, die ist jetzt doch ein bisschen zu gross. Ich denke auch, dass wir in Zukunft vielleicht das Gesetz anpassen müssen, aber mit der Legiferierung, wie Sie es gesagt haben, bin ich eigentlich ganz zufrieden. Ich glaube, wir können diesen Ratsbetrieb so auch weiterführen. Ich danke Ihnen.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Würde eine Privatperson so handeln wie die Justizdirektion, würde sie von unserem Rechtsstaat zurechtgewiesen. Aber wenn es uns selber betrifft, versuchen wir das unter den Teppich zu kehren. Die SVP fordert eine lückenlose Aufklärung dieses Falles. Wir fordern, dass aufgeklärt wird, wie mit sensiblen Daten heute in den Direktionen umgegangen wird. Und hier muss der Fokus auf die Justiz- und die Sicherheitsdirektion gelegt werden. Und wir wollen wissen, wieso 2019 Protokolle und Verträge in der Justizdirektion vernichtet wurden. Wer trägt dafür die Verantwortung? Was sind die Lehren daraus und gibt es in anderen Direktionen ähnliche Vorfälle?

Aber wir müssen auch unsere eigene Arbeit hinterfragen. Die GPK wurde teilweise informiert über den Fall, geschehen ist nichts. Und genau deshalb braucht es eine PUK, weil leider die GPK ihre Arbeit auch nicht zufriedenstellend erledigt hat. Schaffen wir wieder Vertrauen und lernen wir aus diesem Vorfall!

Und Thomas Forrer: Grüne und SP haben verhindert, dass die PUK schneller eingesetzt worden ist. Wir haben von Anfang an, im Januar, eine PUK gefordert. Die SVP hat die PUK von Anfang an gefordert. Hätten Sie mitgemacht, wäre die PUK schon längst am Arbeiten.

Und zu Davide Loss: Ob es ein Skandal ist oder nicht, das werden wir noch erfahren. Und wenn Sie es noch nicht gemerkt haben: Der Wahlkampf 2027 hat am 13. Februar 2023 begonnen. Bitte stimmen Sie der PUK zu.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Einfach damit es klar ist: Die Mitte ist sehr wohl interessiert, dass die Fakten auf den Tisch kommen. Aber im Gegensatz zu Ihnen haben wir Vertrauen in unsere Staatsanwaltschaft, haben wir Vertrauen in die GPK, auch wenn vorher kritisiert wurde, sie sei informiert gewesen, aber habe es verschlafen. Ich garantiere Ihnen, ein zweites Mal wird die GPK das nicht verschlafen. Und ich glaube auch, dass in der Verwaltung und in der Regierung der Wecker jetzt geläutet hat, man wird die Lehren ziehen. Ich habe Vertrauen auch in die Regierung und in die Verwaltung, dass sie lernfähig sind. Einfach jetzt noch den einen oder anderen an die Wand zu stellen, ohne dass er strafrechtliche Taten begangen hat, ist zwar vielleicht lustig für die einen oder anderen, aber bringt gar nichts. Deshalb: Zeigen Sie Vertrauen gegenüber den eigenen Institutionen und lehnen Sie die Einsetzung der unnötigen PUK ab.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon) spricht zum zweiten Mal: Kollege Loss, indem du einen Rundumschlag machst und jedes einzelne kleine Votum der Befürworter kommentierst, zeigst du, dass es genau darum geht, in diesem Fall keine Transparenz zu schaffen. Und Thomas Forrer hilft dabei, die JI zu schützen. Deshalb sonst ruft er dazu auf, alle Direktionen zu untersuchen, was ich selbstverständlich (*Zwischenrufe*) – lassen Sie mich ausreden –, was ich selbstverständlich unterstütze.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Noch zu Domenik Ledergerber: Entschuldigung, aber ich sitze im Gegensatz zu dir in der GPK und ich war auch in dieser Subkommission. Ich finde das jetzt ziemlich anmassend von dir, dass du behauptest, wir hätten nichts getan. Der Bremsklotz wart ja dann ihr, weil es so schön auf die Wahlen passte. Ihr habt zwar das Thema aufgebracht, aber es war nicht so, dass wir nichts gemacht haben, wir haben relativ schnell reagiert und die Leute auch schnell befragt. Und dann kamt ihr mit der Forderung nach einer PUK, und das hat jetzt abgebremst, und zwar deutlich abgebremst. Ich glaube, wir wären einen rechten Schritt weiter, hätten wir jetzt nicht diese Diskussion auch noch hier.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) spricht zum zweiten Mal: Nur noch ganz kurz zur Einsetzung der PUK: Wir hatten das noch im letzten Jahr gefordert, weil die GPK ja nicht eine PUK fordern kann, sondern entweder die GPK oder der Rat nach der Behandlung einer Interpellation. So sieht es das Kantonsratsgesetz vor. Die GPK wollte die PUK nicht von Anfang an, erst nachher nach der Einsetzung einer Subkommission kam sie zu diesem Schluss, den der ehemalige Präsident uns erläutert hat. Wir hatten das von Anfang an gefordert. Die GPK – und da wart ihr, geschätzte Vertreterinnen ja dabei – war nicht von Anfang an in der Mehrheit

dieser Ansicht. Das hat es verzögert, nicht wir. Das möchte ich hier noch klarstellen. Es waren die Mehrheiten, die sich geändert haben in der GPK. Aber macht bitte diesen Vorwurf nicht uns. Die Subkommission hat erst viel später zu arbeiten begonnen. Nachdem wir mit der dringlichen Interpellation bereits über die Einsetzung einer PUK diskutiert haben, hat die GPK die Subkommission eingesetzt, das möchte ich hier nochmals festhalten. Und dass es jetzt so lange auf der Traktandenliste war, dafür können Sie nicht uns verantwortlich machen. Seit Februar 2023 hätten wir darüber abstimmen können. Herzlichen Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich habe das Protokoll der Kantonsratssitzung vom 9. Januar 2023 vor mir, nur damit es klar ist. Dort wurde auch schon gesagt, dass sich Davide Loss um Kopf und Kragen redet. Der Sprecher war Lorenz Habicher in dieser Sache: «Ich bin der Meinung, das Einsetzen einer PUK beendet das üble Spiel, und die Diskussion, welche Kommission Subkommissionen gründen und untersuchen sollte, wird im Keim erstickt. Eine PUK hat die nötigen Instrumente und kann wirklich Klarheit schaffen. Ich bitte Sie, eine solche auch zu beschliessen.» Das habe ich am 9. Januar 2023 gefordert. Da war sogar noch Beat Habegger als Präsident der GPK dagegen, weil seine Subkommission ja untersucht. Und jetzt frage ich Sie, Davide Loss: Sie haben ja gesagt, dass niemand die Aussage in der Subkommission verweigert hat oder niemand der Einladung nicht gefolgt wäre. Wie wollen Sie uns das jetzt verkaufen, die wir ja nicht Teil der Subkommission sind und das gar nicht wissen können, wen Sie eingeladen und wen Sie befragt haben und wer der Einladung nicht gefolgt ist oder eben nicht befragt werden konnte? Sie spielen hier auch wieder auf Zeit und wollen einfach verhindern. Das Vertrauen ist erschüttert und wir brauchen jetzt diese PUK und wir werden diese beschliessen. Ob Davide Loss von Wahlkampf-Gag spricht oder nicht, das interessiert hier drin eigentlich nicht. Er hat sich schon um Kopf und Kragen geredet.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Davide Loss wurde direkt angesprochen und möchte darum antworten.

Davide Loss (SP, Thalwil): Also ich muss schon noch etwas richtigstellen. Die SVP war in der Subkommission ebenfalls vertreten. Im Übrigen ist es René Isler, der Referent der GPK für die Justizdirektion ist. Zu sagen, dass die SVP hier ausser vor gelassen worden sei, ist schlichtweg unwahr. Und ja, wir konnten gar nicht wirklich viel mehr untersuchen, weil eben dieser PUK-Antrag gekommen ist, denn Sie mussten ja diesen Wahlkampf-Gag irgendwie weitertragen. Sie wollen weiterhin die Skandalisierung, das hat auch Ihr Votum gezeigt. Wir hätten das gerne weiterhin Hand in Hand mit der Verwaltung, mit der Oberstaatsanwaltschaft untersucht. Das haben Sie verhindert mit diesem Antrag, und wir sind in sechs Monaten kein bisschen weitergekommen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich sehe, Sie haben erstaunliche Kenntnisse über das Innenleben unserer GPK, wie wir arbeiten und so

weiter, obwohl Sie ja gar nicht drinsitzen. Dass die Mehrheiten geändert haben, das ist schlichtweg Humbug oder davon hätte ich keine Kenntnis. Es braucht aber schlichtweg auch seine Zeit, solch einen PUK-Antrag auszuarbeiten. Ich glaube, das hat die meiste Zeit in Anspruch genommen. Da dauerte es auch über die Legislaturgrenze hinaus, bis das jetzt hier zur Diskussion kommt. Und warum die GPK das Thema so lange «verhängt» hat, das wurde vorher auch bereits angesprochen beziehungsweise aufgelöst: Die GPK hat in ihrer Arbeitsweise ein Referentensystem und der zuständige Referent verfolgt jeweils die Themen, die eine Direktion betreffen. Die entsprechenden Zuständigkeiten können Sie auch dem Geschäftsbericht entnehmen, die zuständige Person wurde bereits genannt. Auf jeden Fall ein kleiner Tipp, wenn es zu lange dauert: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Haustür. Und gerne hätten wir, wie auch gesagt, bereits weiter daran gearbeitet. Leider wurde dies durch die PUK-Forderung blockiert, auch hier kehren Sie gerne vor Ihrer eigenen Haustür.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir durchaus auch grössere Gegenstände in kürzerer Vergangenheit bereits untersucht haben, nämlich beispielsweise mit der Kommission, die eingesetzt wurde, gemeinsam von GPK und FIKO (*Finanzkommission*), ohne eine ganze PUK aufzuziehen zu müssen, zur besonderen Lage während der Covid-Pandemie. Auch dies brachte durchaus einen zeitlichen Aufwand, ich war auch Teil dieser Kommission. Aber das wurde im Rahmen von normalen Kommissionsmitgliedern erledigt. Und auch wenn Sie nun sagen «Ja, das ist zu viel für die GPK im Allgemeinen» muss man auch daran erinnern: Irgendwelche Parlamentsmitglieder, die auch hier wieder Milizpolitiker sind, werden Mitglied dieser PUK und werden dies im Rahmen ihrer Milizarbeit erledigen müssen.

Eine sachliche Aufklärung, zu guter Letzt, was auch anders angedeutet wurde, ist sicher mit beidem möglich. Und daher ist es auch für die AL nicht allzu schlimm, wenn wir diese PUK beschliessen. Aber es ist eher eine Frage nach dem adäquaten Mittel, und wir denken, dass es passend ist, wenn wir dies schlichtweg normal in der GPK aufarbeiten, wie wir dies auch können mit unseren Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Besten Dank.

Beat Habegger (FDP, Zürich), Referent der GPK: Ich möchte aufgrund der geäusserten Voten noch einige Präzisierungen vornehmen, und ich mache das in Antwort auf die Voten chronologisch, also in der Reihenfolge, in der sie geäussert wurden, einfach auch zuhanden des Protokolls. Zuerst zu Davide Loss: Die Subkommission hat nicht zwei Sitzungen durchgeführt, sondern die Subkommission hat insgesamt fünf Sitzungen durchgeführt, was auch relevant ist, um aufzuzeigen, dass eben diese Arbeiten doch auch seriös abgehandelt wurden.

Dann zum Votum von Markus Schaaf, er hat viele mögliche Themen aufgeworfen, die die GPK oder andere Aufsichtskommissionen untersuchen könnten als Alternative zu einer parlamentarischen Untersuchungskommission: Ich muss Ihnen sagen, Herr Schaaf, dass die meisten Themen, die Sie genannt haben, die Pandemie-Versäumnisse, die Vorkommnisse rund um die Herzklinik, das Unter-

suchungsgefängnis Zürich West, alles Themen sind, die von den Aufsichtskommissionen behandelt werden. Beim Grundbuchregister weiss ich es nicht. Dort müsste man vielleicht mal ein bisschen Zeit investieren.

Dann noch zu Martin Hübscher: Wie ich auch in meinem Eintretensvotum gesagt habe, ist es nicht unsere Aufgabe, heute das Präsidium und die Mitglieder der Parlamentarischen Untersuchungskommission zu bestimmen, das wird die Aufgabe der Interfraktionellen Konferenz sein, falls dieser Antrag heute eine Mehrheit findet.

Dann noch zu verschiedenen Voten von Herren Forrer und Ledergerber und von Frau Hoss: Der Untersuchungsgegenstand, wie er von der GPK im Antrag, der Ihnen vorliegt, formuliert wurde, beinhaltet die Untersuchung der Datensicherheit in allen kantonalen Direktionen. Es ist offensichtlich, dass die Justizdirektion der Ausgangspunkt ist, aber es geht darum, dass die Sicherheit der Daten und die Entsorgung, die wirksame Entsorgung dieser Daten, in allen kantonalen Direktionen untersucht werden soll.

Und abschliessend: Wir haben jetzt auch einige Voten gehört, wie das Ganze vorgefallen sei oder wie der Ablauf gewesen wäre. Ich will jetzt hier nicht so viel Geschichtsschreibung betreiben. Ich habe es eigentlich in meinem Votum auch schon gesagt: Die GPK hat sehr rasch eine Subkommission eingesetzt, noch im Dezember. Diese Subkommission hat dann auch gearbeitet, hat die Anhörungen aufgegleist, hat dann den Auftrag der Subkommission auch entsprechend erweitert mit Blick auf die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission. Das mussten wir ja auch tun, denn man muss ja auch wissen, auf welche Ziele hinarbeiten ist. Und wir haben halt dann entsprechend den Antrag, wie er Ihnen hier vorliegt, formuliert. Einen Antrag auf die Einsetzung einer PUK kann man nicht einfach so schnell, schnell mal an einem Nachmittag formulieren, sondern das muss gründlich begründet und deshalb auch gründlich vorbereitet sein. Deshalb hat das auch einige Zeit in Anspruch genommen. Vielen Dank.

3. Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission, Datensicherheitsvorfall

Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 27. April 2023 und Stellungnahme des Regierungsrates vom 20. April 2023

KR-Nr. 172/2023

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es liegt ein Minderheitsantrag von Davide Loss und Mitunterzeichnenden vor, auf den Antrag auf Einsetzung einer PUK (*Parlamentarische Untersuchungskommission*) nicht einzutreten.

Beat Habegger (FDP, Zürich), Referent der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Als Referent der GPK und als ihr ehemaliger Präsident stelle ich Ihnen heute den Antrag auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission gemäss Paragraph 115 fortfolgende des Kantonsratsgesetzes vor. Die GPK hat diesen Antrag im ersten Quartal dieses Jahres vorbereitet und ihn am 27. April

2023 zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Eine Kommissionsminderheit – Sie haben es schon gehört – beantragt Ihnen, auf diesen Beschluss nicht einzutreten.

Worum geht es? Viele von Ihnen erinnern sich, dass im Dezember 2022 aufgrund einer Anfrage aus dem Kantonsrat bekannt wurde, dass zwischen 2000 und 2014 bei der Entsorgung von Computerhardware aus der Direktion der Justiz und des Innern (*JJ*) gespeicherte Daten nicht wirksam gelöscht wurden und deshalb auch sensible und vertrauliche Daten letztlich in falsche Hände gerieten. Diese Erkenntnisse haben im Kantonsrat und in der breiten Öffentlichkeit viele Fragen ausgelöst rund um die Informations- und Datensicherheit in der kantonalen Verwaltung. Wir haben in diesem Rat am 9. Januar 2023 im Rahmen der Beantwortung einer dringlichen Interpellation (*KR-Nr. 462/2022*) eine intensive Debatte zu vielen der damals bekannten Aspekte des Falles geführt. Ich erlaube mir deshalb, heute auf eine erneute chronologische Darstellung der Vorgeschichte, soweit sie öffentlich überhaupt bekannt ist, zu verzichten. Die GPK hat noch im Dezember 2022 nach einer ersten Anhörung der Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) beschlossen, eine Subkommission zur Abklärung der Vorkommnisse einzusetzen. Später beauftragte die GPK dann die Subkommission, einen Antrag auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission vorzubereiten. Die Subkommission hat im Rahmen ihrer Arbeiten ab Januar 2023 die kantonale Datenschutzbeauftragte (*Dominika Blonski*) und den Leitenden Oberstaatsanwalt des Kantons Zürich (*Andreas Eckert*) zu Anhörungen eingeladen. Aufgrund der Anhörung der Datenschutzbeauftragten stellte sich für die GPK insbesondere die Frage, ob die Informationssicherheit in der Verwaltung und die gesetzlichen Vorgaben aus dem IDG, also dem Gesetz über die Information und den Datenschutz, genügen, um die Informationssicherheit zu gewährleisten und im Falle einer Verletzung angemessen darauf zu reagieren. Die Anhörung des Oberstaatsanwaltes wiederum führte die Kommission zur Erkenntnis, dass eine Untersuchung der PUK mit dem laufenden Strafverfahren in dieser Angelegenheit sorgfältig zu koordinieren ist, um Letzteres nicht zu behindern. Da dieses Strafverfahren jedoch noch länger dauern kann, gelangte die GPK zur Auffassung, dass trotz der potenziellen Kollision von Strafverfahren und PUK mit der politischen Aufarbeitung dieser Angelegenheit nicht zugewartet werden kann, bis das Strafverfahren abgeschlossen ist. Die Kommission hat sich auch mit der Administrativuntersuchung befasst, die die Justizdirektion im Dezember 2020 in Auftrag gab, nachdem die unzulängliche Aktenvernichtung in der Direktion bekanntgeworden war. Diese Untersuchung zeigte insbesondere, dass im Jahr 2019 in der Justizdirektion grosse Mengen an Papierakten vernichtet worden waren und es deshalb unklar ist, ob und inwiefern die Datenvernichtung aus den fraglichen Jahren 2000 bis 2014 überhaupt noch aktenbasiert aufgearbeitet werden kann. Auch diese Vorgänge im Jahr 2019 sind deshalb aufzuarbeiten.

Zudem stellte sich für die GPK die grundsätzliche Frage, ab wann sich der Regierungsrat der Problematik der Datensicherheit bewusst war und die notwendigen Massnahmen zum Schutz sensibler Daten einleitete. Ob und inwiefern und in wel-

chem Ausmass die Datensicherheit in den Direktionen heute vollständig gewährleistet ist und ob nicht auch weitere Direktionen in der Vergangenheit Daten unsachgemäss entsorgt haben, blieb für die Kommission offen. Aufgrund der vielen unbearbeiteten Fragen, die teilweise von grundsätzlicher Natur sind, kam die Kommission zum Schluss, dass sich diese im Rahmen der ordentlichen bereits intensiven Kommissionstätigkeit nicht in nützlicher Frist untersuchen lassen. Deshalb beantragt Ihnen die Kommission, eine PUK zur gründlichen Aufarbeitung aller notwendigen Untersuchungsgegenstände einzusetzen.

Wir haben diese Untersuchungsgegenstände im 4. Kapitel unseres Antrags ausführlich beschrieben und im Antrag unter römisch II sind Sie auch aufgeführt, ich fasse mich deshalb hier kurz:

Erstens müssen der Zeitraum und das Ausmass des Datensicherheitsvorfalls präzise geklärt werden. Es ist zu untersuchen, wie die Entsorgung von Datenträgern geregelt war und ab wann der Regierungsrat und die betroffenen Direktionen über die unzulängliche Aktenentsorgung Kenntnis hatten.

Zweitens muss der Umgang mit dem Datensicherheitsvorfall nach seinem Bekanntwerden im Jahre 2020 durch den Regierungsrat, die Direktionen und weitere verantwortliche kantonale Stellen untersucht werden. Es ist für die Kommission nicht geklärt, ob rechtmässig, zweckmässig und zeitnah reagiert und ob angemessen darüber informiert wurde.

Drittens sind grundsätzliche Fragen zur Informationssicherheit und zur Entsorgung von Datenträgern in der kantonalen Verwaltung zu untersuchen. Aufgrund unserer Erkenntnisse ist zu klären, ob die Vorgaben aus dem IDG und den Richtlinien des Regierungsrates ausreichen, um auf Datensicherheitsvorfälle angemessen zu reagieren und darüber zu informieren, ob die Datenvernichtung angemessen organisiert und dokumentiert ist und ob der Regierungsrat und die gesamte Verwaltung ein angemessenes Problembewusstsein diesbezüglich aufweisen.

Abschliessend weise ich noch daraufhin, dass die GPK den Regierungsrat zur Stellungnahme zu diesem Antrag eingeladen hat und dieser in seinem Antwortschreiben dem Kantonsrat seine volle Kooperation zusichert. Die Geschäftsleitung des Kantonsrates wurde ebenfalls informiert über den Antrag. Sollte dieser Antrag heute eine Mehrheit finden, wird die Interfraktionelle Konferenz beauftragt, die Wahl der Mitglieder und das Präsidium der Untersuchungskommission vorzubereiten. In diesem Sinne und in Würdigung der gesamten Umstände, so wie ich eben versucht habe, sie in relativ kurzer Form darzulegen, beantragt Ihnen die Geschäftsprüfungskommission, der Einsetzung einer PUK zuzustimmen.

Minderheitsantrag Davide Loss, Leandra Columberg, Manuel Kampus und Manuel Sahli:

Auf den Antrag wird nicht eingetreten.

Davide Loss (SP, Thalwil): Die GPK beantragt die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Aufarbeitung eines Datenmissbrauchsvorfalles bei der Direktion der Justiz und des Innern. Es geht hier um einen Vorfall, der sich in den Jahren 2000 bis 2014 ereignet haben soll, wo durch eine externe

Gesellschaft fehlerhaft mit Server- und Klientensystemen umgegangen wurde, sprich also Festplatten nicht fachmännisch entsorgt wurden und so sensible Daten in die Hände von unberechtigten Personen gelangten. Es geht aber nicht nur um die Direktion der Justiz und des Innern, es sind auch noch weitere Direktionen betroffen, so namentlich die Sicherheitsdirektion und die Finanzdirektion. Auch diese Direktionen sind hier in diesen Datenmissbrauchsvorfall involviert. In der Folge hat die GPK eine Subkommission eingesetzt, die bereits erste Erkenntnisse gewinnen konnte. Die Subkommission hat – der ehemalige Präsident der GPK hat es erwähnt hat – den Leitenden Oberstaatsanwalt sowie die Datenschutzbeauftragte angehört. Dabei hat sie festgestellt, dass ihr sehr breitwillig Auskunft gegeben wurde und seitens aller involvierten Behörden lückenlose Transparenz geschaffen wurde.

Auch den Bericht der Administrativuntersuchung konnte die Subkommission einsehen. Doch die Arbeit der Subkommission wurde bereits nach wenigen Sitzungen jäh beendet, wir hatten nur zwei Sitzungen zur Sache. Es kam dann der Antrag auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission. Statt dass wir heute bereits erste Erkenntnisse über diesen Datenmissbrauchsvorfall haben, diskutieren wir heute erst und immer noch über die Art und Weise der Aufklärung. Es ist sehr viel Zeit vergangen, Zeit, in der wir bereits erste Erkenntnisse hätten gewinnen können.

Die SP-Fraktion hat sich seit jeher und seit Bekanntwerden dieses Datenmissbrauchsvorfalles für eine lückenlose Aufarbeitung eingesetzt. Eine Parlamentarische Untersuchungskommission ist aber das falsche Mittel. Dieses formalisierte Verfahren verunmöglicht eine Aufklärung dieses Vorfalls im Dialog, in Zusammenarbeit mit den involvierten Behörden. Stattdessen soll mit einem inquisitorischen Verfahren diese Aufarbeitung geschehen, wo die betroffenen Personen dann Parteirechte haben. Dieses Verfahren rechtfertigt sich erst nach Ausschöpfung aller anderen Mittel. Es ist klar auch daran zu erinnern, dass diese Parlamentarische Untersuchungskommission das schärfste Mittel der parlamentarischen Oberaufsicht ist. Es ist aber eben doch ein sehr formelles Verfahren und es ist nicht damit zu rechnen, dass man einfach rasche Erkenntnisse gewinnen kann. Das bedauert die SP-Fraktion.

Diese parlamentarische Untersuchungskommission war eigentlich von Beginn weg ein bisschen ein Wahlkampf-Gag und jetzt soll man irgendwie noch das Gesicht wahren können mit dieser Einsetzung der Parlamentarischen Untersuchungskommission, und da macht die SP-Fraktion nicht mit. Wir setzen uns ein für Transparenz, aber diese Transparenz soll mit den notwendigen Mitteln geschaffen werden, die bereits existieren. Eine Parlamentarische Untersuchungskommission ist nicht gerechtfertigt. Bereits ein Blick auf die Kosten von geschätzt 1 Million Franken zeigt, wir könnten das Geld im Kanton Zürich für Besseres ausgeben als für eine Parlamentarische Untersuchungskommission. Es ist klar daran zu erinnern und zu ermahnen, dass diese Erwartungen, die in diese Parlamentarische Untersuchungskommission hier gesetzt werden, nicht erfüllt werden können. Es ist also nicht damit zu rechnen, dass die Parlamentarische Untersuchungskommission bessere oder tiefergreifendere Erkenntnisse gewinnen kann als mit

den ordentlichen Mitteln der Oberaufsicht, sprich mit der Subkommission der GPK. Wir würden also viel Geld und Ressourcen in etwas investieren, was heute teilweise schon bekannt ist und man, zumindest, wenn man die Subkommission weiter hätte arbeiten lassen, bereits noch detaillierter bekannt wäre.

Wenn wir vergleichen, für was der Kantonsrat bisher eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt hat – das war in zwei Fällen der Fall –, dann muss man feststellen: Das waren schwerwiegende Korruptionsvorfälle, also nicht im Ansatz vergleichbar mit dem Datenmissbrauchsvorfall, wie er heute vorliegt und bereits von der Subkommission untersucht wurde. Auch auf Bundesebene haben wir Parlamentarische Untersuchungskommissionen in ganz anderen Dimensionen. Das Bundesparlament hat entschieden, das Debakel um die Credit Suisse (*Schweizer Grossbank*) zu untersuchen, das ist ein nicht im Ansatz vergleichbarer Vorfall, wo von einem Tag auf den anderen mittels Notrecht mehrere 100 Milliarden ausgegeben wurden. Die Thematik hier rechtfertigt im Vergleich also ebenfalls keine parlamentarische Untersuchungskommission.

Die SP-Fraktion will Transparenz schaffen. Es braucht Transparenz. Man soll diesen Datenmissbrauchsvorfall aufklären und er darf sich nicht wiederholen. Wir sind aber der Meinung, dass dies mit einer PUK nicht zielführend untersucht werden kann. Deshalb beantrage ich Ihnen, auf den Antrag nicht einzutreten. Besten Dank.

Romaine Rogenmoser (SVP, Büllach): Nein, für einmal geht es nicht um Geld, es geht um Menschenleben, und ich finde es jetzt eine unerhörte Anmassung, dass bei diesem Antrag eine andere PUK als Vergleich herangezogen wird, bei der es zwar um viel Geld ging, die aber in letzter Konsequenz nur einen finanziellen Schaden aufklären musste. Hier und heute geht es um eine ganz andere Dimension und ich erkläre ihn gerne, weshalb:

Erinnern sie sich an Überlingen: Beim Flugzeugzusammenstoss über dem Bodensee, der sich just vor zwei Tagen zum 21. Mal gejähr hat, kamen nicht nur 71 Passagiere und Crew-Mitglieder ums Leben. Ein weiterer Todesfall, nämlich derjenige des dazumal zuständigen Fluglotsen, war im Anschluss als Folge von Selbstjustiz eines Vaters zu beklagen. Sie müssen sich das mal vorstellen: Eines guten Tages klingelt es an Ihrer Tür und beim Öffnen werden Sie einfach kaltblütig niedergestreckt. Genau so etwas wäre theoretisch auch möglich, wenn die Koordinaten von Strafuntersuchungsbehörden plötzlich einfach frei zugänglich sind, frei zugänglich für Leute, die allenfalls Rachegeleüste hegen, weil sie von eben diesen Strafuntersuchungsbehörden und juristischen Instanzen allenfalls ihrer Freiheit beraubt wurden oder anderweitig juristisch belangt wurden. Und Sie wollen uns hier glauben machen, das ist alles nicht so schlimm! Die potenzielle Möglichkeit, auf offener Strasse oder an seinem Wohnort einfach exekutiert zu werden, ruft unseres Erachtens zwingend und dringend nach einer PUK, und es ist der SVP zu verdanken, dass sie mit ihrer Interpellation den Weg dazu geebnet hat. Und es ist auch nicht so, dass Frau Fehr hier aus der Schusslinie ist, weil die Angelegenheit schon eine halbe Ewigkeit her ist (*Unmutsäusserungen von der linken Ratsseite*). Es ist immer schön: Wenn auf der anderen Seite der Tumult losgeht,

weiss ich, dass ich auf dem rechten Kurs bin (*Heiterkeit*). Frau Fehr hat, wenn auch spät, von diesem Datenleck gewusst und war offensichtlich nicht in der Lage, die Tragweite richtig einzuschätzen, sonst wäre sie von sich aus tätig geworden; ein grober Unterlassungsfehler. Zudem ist genau unter ihrer Ägide just ein Teil der Daten vernichtet worden, die es jetzt zur besseren Aufklärung dringend nötig gebraucht hätte. Honni soit qui mal y pense – ein Schelm, wer Böses dabei denkt, aber so viel Zufall kann es nicht geben. Aber zum Glück gibt es ja noch die GPK, die die Geschäftsführung der einzelnen Direktionen zu prüfen hat und solche Führungsmängel politisch aufarbeiten muss.

Nun ist diese Geschichte tatsächlich eine Nummer zu gross für eine Milizkommission, die GPK hat schliesslich noch andere Geschäfte, die ihrer Prüfung bedürfen. Deshalb ist eine saubere Aufarbeitung nur mittels einer PUK zielführend. Und die Kosten sollten angesichts der Brisanz der Angelegenheit auch nicht gegen Menschenleben aufgewogen werden. Und es ist nicht so, dass wir hier Beschäftigungstherapie machen mit einer PUK. Das Ziel ist, die Vorkommnisse rund um den bekanntgewordenen Datensicherheitsvorfall bei der Direktion der Justiz und des Innern und allfälligen weiteren kantonalen Direktionen aufzuklären. Das «Team Fehr und Fehr» (*gemeint sind Regierungsrätin Jacqueline Fehr und Regierungspräsident Mario Fehr*) täte gut daran, Hand zu bieten, um hier schnellstmöglich Licht ins Dunkel zu bringen und so allfällige Vorkommnisse wie nach Überlingen zu verhindern. Es ist schlicht ein Skandal, dass so fahrlässig mit sensiblen Daten umgegangen wurde, und ein ebenso grosser Skandal, dass Daten vernichtet wurden und nicht ansatzweise klar ist, weshalb dies so geschehen konnte.

Als Bülacherin bin ich Seldwyla ja gewohnt, aber diese Angelegenheit kann man sich in seinen schlimmsten Albträumen nicht vorstellen. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Untersuchungskommission zu folgenden Sachverhalten Antworten findet:

Erstens: Über welchen Zeitraum hat sich der Datensicherheitsvorfall ereignet?

Zweitens: Wer hat ihn zu verantworten?

Drittens: Wann haben der Regierungsrat und die direktbetroffenen Direktionen davon Kenntnis erhalten?

Viertens: Haben der Regierungsrat und die direktbetroffenen Direktionen zweckmässig, zeitnah und rechtmässig auf den Datensicherheitsvorfall reagiert und angemessen darüber informiert?

Fünftens: Welche Massnahmen lassen sich aus diesem Vorfall ableiten, um solche Inkompetenzen und Fehlleistungen künftig zu vermeiden?

Sechstens: Wie und weshalb werden Daten einfach so vernichtet in unserer Verwaltung?

Und siebtens: Ob und wie können durch das Datenleck Betroffene geschützt werden?

Die abschliessende Liste dieser Untersuchungsgegenstände entnehmen Sie selbstverständlich den Unterlagen. Ich frage Sie hier und jetzt: Können Sie es verantworten, diesen Vorfall nicht vollumgänglich zu klären und so unter Umständen Menschenleben in Kauf zu nehmen? Ich bitte Sie deshalb inständig, diese PUK

auf den Weg zu schicken. Hier geht es nämlich für einmal nicht um Geld, sondern um Menschen. Dankeschön.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon): Die Ausgangslage, die zum Antrag der Geschäftsprüfungskommission auf eine Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission geführt hat, ist hinlänglich bekannt. Die abklärenden Vorarbeiten, welche die Geschäftsprüfungskommission im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion in einer Subkommission getätigt hat, werden im Antrag Kantonsratsnummer 172/2023 ausführlich geschildert und beleuchtet, weshalb ich hier nicht mehr darauf eingehe. Zudem hat sie der ehemalige GPK-Präsident eben auch geschildert.

Aus Sicht der FDP wird daraus aber deutlich, dass viele Fragen nicht im Rahmen der ordentlichen Kommissionstätigkeit der Aufsichtskommission untersucht werden können. Dazu fehlen der GPK sowohl die zeitlichen als auch die personellen Ressourcen. Sollte die GPK die Untersuchung selber führen müssen, käme es zu Verzögerungen bei anderen anstehenden Prüfungen. Nicht nur die Aufarbeitung des hier im Fokus stehenden Vorfalles, sondern auch weitere Kontrollen würden sich verzögern und zu lange dauern. Das kann nicht im Interesse einer funktionierenden Aufsichtstätigkeit liegen, weshalb die Einsetzung einer PUK gerechtfertigt ist, auch wenn uns Markus Bischoff (*Altkantonsrat, Präsident der PUK BVK zum Betrugsfall bei der Versicherungskasse für das Staatspersonal*) von der AL in der NZZ vom vergangenen Samstag etwas anderes weismachen will.

Entgegen den Ausführungen des Sprechers des Minderheitsantrags, Davide Loss, hat eine PUK eben einen grossen Vorteil, den Vorteil, dass nicht nur Regierungsratsmitglieder und weitere Leitungspersonen der kantonalen Behörden sowie Mitarbeitende im Kanton befragt werden können, wie es die Paragraphen 110 und 111 Kantonsratsgesetz den Aufsichtskommissionen vorschreiben. Der Paragraph 119 des gleichen Gesetzes besagt nämlich im zweiten Abschnitt zur Parlamentarischen Untersuchungskommission, dass eine PUK legitimiert ist, alle Personen in öffentlichen Funktionen wie auch Privatpersonen, welche der Zeugenpflicht unterstehen, direkt in Befragungen einzubeziehen. Diese erweitert den Untersuchungskreis erheblich, was zu begrüssen ist. Selbstverständlich erwartet die FDP, dass die PUK mit ihren Untersuchungen auf das laufende Strafverfahren Rücksicht nimmt und dieses nicht behindert. Da das Strafverfahren aber noch länger dauern dürfte, kann und darf mit der politischen Aufarbeitung des Vorfalls, welche gravierende Mängel ans Licht brachte, nicht zugewartet werden.

Schlussendlich stellt die FDP ganz grundsätzlich fest, dass Daten an die Öffentlichkeit gelangt sind, wie es in keinem funktionierenden Rechtsstaat geschehen sollte. Zusammen mit dem Vorgenannten ist also die Einsetzung einer PUK angebracht und die FDP unterstützt den vorliegenden Antrag auf die Einsetzung einer PUK. Den Minderheitsantrag von SP, AL und Grünen auf Nichteintreten lehnen wir ab. Gerade die Haltung der SP scheint stark von ihrer Regierungsrätin beeinflusst. Wir kennen ja aus früheren Voten der Justizdirektorin in diesem Saal ihre leicht manipulierende Eloquenz (*Unmutsäusserungen*). Wie gesagt, die FDP unterstützt den Antrag.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Letzte Woche haben wir hier im Zusammenhang mit dem Jahresbericht des Ombudsmanns (*Jürg Trachsel*) vom Vertrauen gesprochen (*KR-Nr. 184/2022*), der Ombudsmann, der das staatliche Handeln für die einzelnen Bürger beaufsichtigt und verständlich macht. Auch heute soll es wieder um Vertrauen gehen. Es geht darum, Vertrauen wiederherzustellen. Gerade auch, wenn wir den Kanton endlich mit der Digitalisierung vorwärtsbringen wollen, was wir dringend müssen, dann ist Datensicherheit vital. Und dann braucht es das Vertrauen der Bevölkerung in den Umgang des Staates mit heiklen Daten. Da wurde und wird viel Vertrauen zerstört.

You can't unscramble scrambled egg – die gravierenden Verfehlungen können nicht rückgängig gemacht werden, wie man so schön sagt. Die gravierenden Verfehlungen können nicht rückgängig gemacht werden, aber das Vertrauen kann wiederhergestellt werden. Ja, es muss wiederhergestellt werden durch eine PUK, durch die Schaffung von Transparenz.

Es wurde gesagt, es gibt bereits eine Strafuntersuchung, das ist richtig und das ist wichtig, aber es gibt auch Fragen, die von einer PUK geklärt werden müssen, die nicht unbedingt justiziabel sind. Eine Strafuntersuchung hat ganz andere Aufgaben. Die Strafverfolgung kann strafrechtlich relevante Verfehlungen zur Anzeige bringen. Wir glauben aber nicht, dass das reicht, um dem staatlichen Handeln wieder den Nimbus zu geben, den es braucht, eben das Vertrauen ins staatliche Handeln, das Vertrauen in einen verantwortungsbewussten Umgang mit heiklen, mit sensiblen Daten.

Eine PUK hat die Aufgabe, das Handeln der Regierung zu überprüfen, zu hinterfragen, zu analysieren und Empfehlungen zu machen, Vertrauen zu bilden. Und es ist nicht vertrauensbildend, wenn Regierung und Datenschutz sich widersprechen. Es braucht eine PUK, welche sauber aufarbeitet, wo Fehler gemacht wurden, und vor allem mit Empfehlungen sicherstellt, dass solche Verfehlungen nie mehr passieren. Die politisch Verantwortlichen sind zu eruieren und dabei wollen wir, dass breit vorgegangen wird. Es ist nicht oder nicht nur die aktuelle Justizdirektorin, es sind vor allem ihre Vorgänger (*Altregierungsräte Markus Notter und Martin Graf*), es sind aber auch Regierungskollegen. Es sind auch andere Direktionen, die wir anschauen müssen, es geht nicht darum, einzelne Personen unter Druck zu setzen, wie eine der Zürcher Zeitungen in der Schlagzeile behauptet. Aber es kann noch weniger sein, dass jetzt das alles einfach als Wahlkampfgetöse heruntergespielt wird, wie das vonseiten der SP gemacht wird. Aber es kann auch nicht sein, dass wir jetzt «Skandal!» schreien. Wir haben einen seriösen Vorfall, den wir seriös aufarbeiten müssen. Denn es ist unsere Aufgabe als Parlament, Oberaufsicht wahrzunehmen. Und jetzt liegt wirklich ein Fall vor, wo wir diese Aufgabe mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln wahrnehmen müssen. Wir sehen das als unsere Aufgabe, und, um auf die andere Zeitung einzugehen, dies selbst dann, wenn wir damit rechnen müssen, in einzelnen, noch offenen Fragen nicht weiterzukommen, weil die befragten Personen sich nicht erinnern. Aber wollen Sie deshalb wirklich einfach auf eine Untersuchung verzichten? Es sind zu viele Fragen offen. Lückenlose Transparenz müssen wir anstreben.

Und es kann auch nicht sein, dass so gravierende Vorfälle nur durch eine von der Regierung eingeleitete Administrativuntersuchung abgehandelt werden. Es sind Fragen offen. Die GPK hat saubere Vorarbeit geleistet. Sie hat den Antrag verfasst und die entscheidenden Fragen herausgearbeitet. Diese gilt es nun zu klären und, falls nötig, auszuweiten. Dafür eignet sich eine Subkommission der GPK nicht, da fehlen schlicht die Mittel. Wir müssen alle Fragen klären mit der schärfsten Waffe des Parlaments. Das sind wir der Bevölkerung schuldig, das ist unsere Aufgabe. Es liegt an uns, gründlich zu untersuchen, nichts unversucht zu lassen, damit die Verfehlungen aufgedeckt werden können und so etwas nie mehr geschehen kann. Wir wollen das Vertrauen wiederherstellen, auch wenn das aufwendig, auch wenn das kostspielig ist.

Kurz, die Grünliberalen stehen hinter einer PUK. Der Auftrag ist abgesteckt. Wir sind bereit, diesen wahrzunehmen.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Vielleicht gleich vorab, bevor ich mit meiner Rede anfangen, zu meiner geschätzten Kollegin Romaine Rogenmoser: Sie schmettern eine Salve nach der anderen zu sensiblen Daten, schreien hier im Saal herum. Das können Sie machen, aber ist es nicht gerade Ihre Partei, die SVP, die gelegentlich sensitive Daten ein bisschen grosszügig auslegt und Leute an den Pranger stellt, die eigentlich da nicht hingehören? (*Anspielung auf die mehrmalige Veröffentlichung von Telefonnummern von Schulmitarbeitenden durch einen SVP-Nationalrat.*) Das möchte ich hier nur gesagt haben.

Und jetzt zu meinem Bericht: Bis anhin wurde das Instrument einer PUK äusserst selten angewendet, wirklich, letztes Mal vor Jahren beim BVK-Skandal, und da zu Recht. Bei der Geschichte mit den Staatstrojanern konnte die GPK den Sachverhalt selber bearbeiten, ebenso bei der Aufarbeitung der Missstände während der Corona-Pandemie. Das könnte sie eben auch in diesem Fall. Ich teile die Ansicht, dass es sich beim Datenmissbrauchsvorfall um gravierende Mängel handelt, welche selbstverständlich untersucht werden müssen. Die Grünen wollen, dass diese Angelegenheit sorgfältig, gründlich und umfassend untersucht wird. Wenn wir aber jedes Mal bei einem Skandal eine PUK einsetzen wollen, wäre das nicht zielführend, vor allem, wenn eine Subkommission der GPK bereits gute Vorarbeit geleistet hat.

Zum Sachverhalt: Was vor 2020 geschehen ist, wird ja bereits von der Staatsanwaltschaft untersucht. Diese informierte die JI zu diesem Zeitpunkt vollumfänglich. Was aber sicher untersucht werden muss, ist der Umgang mit eben den sensiblen Daten innerhalb der Verwaltung. Dass in der Informatikabteilung der JI im Jahr 2019 eine grössere Menge von Papierakten vernichtet wurde, wirft natürlich viele Fragen auf. Wie wurde die Entsorgung von Datenträgern im fraglichen Zeitraum in allen Direktionen geregelt, besonders in Bereichen mit sensiblen Daten? Und wie werden diese nach Bekanntwerden des Datenlecks in Zukunft geregelt? Diese Fragen gingen auch aus dem Schlussbericht der Administrativuntersuchung vom 30. März 2021 hervor und das wird ebenfalls von der Staatsanwaltschaft untersucht. Wie im GPK-Bericht richtig ausgeführt, reicht es nicht, sich auf die von der JI durchgeführte Administrativuntersuchung abzustützen, um den

Auftrag der parlamentarischen Oberaufsicht, wie beschrieben, zu erfüllen. Wie aufgezeigt, stellen sich rund um die Administrativuntersuchung selbst Fragen, zum Beispiel zur Information des Regierungsrates, der weiteren Direktionen und des Kantonsrates.

Der Nachteil einer PUK wird aber im GPK-Bericht ebenfalls aufgezeigt. Solange das Strafverfahren nicht abgeschlossen ist, droht womöglich eine Kollision zwischen PUK-Verfahren und Strafverfahren, weil davon auszugehen ist, dass es teilweise die gleichen Personen sind, die sowohl im Rahmen des Strafverfahrens als auch durch die PUK zu befragen sind. Deshalb soll die PUK-Untersuchung koordiniert zum Strafverfahren erfolgen, um diese nicht zu behindern. Wann das Strafverfahren abgeschlossen werden kann, ist noch nicht ersichtlich, das kann ewig dauern. Deshalb ist eine Minderheit der GPK-Mitglieder der Meinung, dass im Gegensatz zum GPK-Beschluss eine Subkommission den zu stellenden Fragen vielleicht doch besser nachgehen kann, ohne die reguläre Arbeit des Staatsanwalts zu verhindern. Und wir hätten das schon längst tun können, statt jetzt Monate damit zu verbringen, ein Instrument zu suchen.

Zudem teilen wir die Meinung, wie seitens der bürgerlichen Mehrheit befürchtet wird, dass wir uns innerhalb der GPK zu stark mit Arbeit belasten würden, keinesfalls. Ob in der Datenleck-Affäre eine PUK eingesetzt werden sollte oder nicht, ist meines Erachtens eine rein politisch gewichtete Angelegenheit, die aber immerhin gut 800'000 bis 1 Million Franken kosten wird. Die Grünen sind jedoch überzeugt, dass die nötige Transparenz, welche wir in dieser Angelegenheit fordern, durch die Strafuntersuchung und durch eine Subkommission der GPK vollumfänglich hergestellt werden kann. Wenn die Mehrheit dieses Rates eine Untersuchungskommission beschliesst, werden wir Grünen uns in dieser Kommission engagieren und unseren Teil zur Aufdeckung aller relevanten Umstände beitragen. Besten Dank.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Es ist tatsächlich ein Skandal, was mit den Daten passiert ist, und der Präsident der GPK hat darauf hingewiesen, dass es jetzt notwendig sei, die verschiedenen Fragen zu klären. Als einfacher Hausarzt gehe ich immer gleich vor, ich schaue mal, was passiert ist: Ein Skandal. Das bedeutet, die Emotionen sind hoch. Und wenn die Emotionen hoch sind, dann sollte man sie wieder dämpfen und auf den Boden kommen. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist: Wenn ich eine Untersuchung veranlasse, überlege ich mir die Konsequenzen. Nehmen Sie zum Beispiel, das hat der Präsident klar gesagt: Wir wissen nicht genau, wann was begonnen hat mit diesem Skandal. Und um zu wissen, dass dann der Regierungsrat geschlafen hat und blind war auf einem Auge, dazu brauche ich keine PUK, das ist offensichtlich, ebenso ist diese PUK unnötig, um herauszufinden, wann es war. Und wenn wir es herausfinden und sagen «der und die und der und der hat einen Fehler gemacht», dann ist das auch unwesentlich, ausser es handelt sich um eine strafrechtlich relevante Tat. Und da, glaube ich, ist die Staatsanwaltschaft besser aufgestellt als wir Hobby-Staatsanwälte.

Im Weiteren heisst es: Man will schauen, dass es nicht mehr vorkommt. Dazu braucht es keine PUK. Wir haben eine Datenschutzbeauftragte, wir haben die Gesetzgebung und es liegt an der Regierung oder am Parlament festzustellen, wenn es Lücken hat in der Legiferierung, dazu braucht es keine PUK. Lassen Sie die Emotionen weg! Dass Frau Fehr vor den Wahlen etwas speziell reagiert hat, auch das kann man begreifen. So kann ich auch begreifen, dass einige Leute emotional reagiert und nach einer PUK geschrien haben, aber der Wahlkampf ist vorbei, Emotionen sind runter. Lehnen Sie die Einsetzung dieser PUK ab.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Eine Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission fordert die Einsetzung einer PUK, wir haben es gehört, welche den Datensicherheitsvorfall bei der Direktion der Justiz und des Innern und allfälligen weiteren Stellen untersuchen soll. Gleich vorneweg: Die EVP ist nicht in der GPK vertreten und hat deshalb wahrscheinlich nur einen begrenzten Einblick in die ganzen Vorgänge, die mit dem Stichwort «Datensicherheitsvorfall» beschrieben werden. Und vielleicht ist das auch der Grund, dass sich uns auch nach intensivem Studium der Akten nicht erschliesst, was denn diese PUK jetzt genau untersuchen will beziehungsweise untersuchen soll und was dann am Schluss der finale Nutzen dieser Untersuchung sein könnte. Geht es um den Vorgang des Datendiebstahls oder Datenmissbrauchs im Zusammenhang mit der Entsorgung von Datenträgern aus den Jahren 2000 bis 2014? Geht es um Verletzung von Amtsgeheimnissen? Geht es um Verletzungen von Auskunft- und Informationspflichten? Geht es um die Vernichtung von Aufzeichnungen im Jahr 2019? Oder geht es um alles zusammen? Oder geht es um etwas ganz anderes? Was für uns klar ist: Aktuell gibt es mehrere laufende Strafverfahren, die noch nicht abgeschlossen sind. Ermittelt wird gegen konkrete Personen mit konkreten Tatvorwürfen und gegen unbekannt. Und hier entsteht eine Interessenkollision: Bei einer PUK gilt für alle Befragten eine Mitwirkungs- und Auskunftspflicht. Das heisst, die befragten Personen müssen der PUK Auskunft erteilen. Die PUK selber wird kein Urteil fällen und keine Strafen verfügen. Anders beim Strafverfahren: Hier können die Befragten das Recht, dass sie sich selber nicht belasten müssen, in Anspruch nehmen und eine Aussage verweigern. Wie verhält es sich nun, wenn gegenüber der PUK eine Aussage gemacht werden muss, die im gleichzeitig laufenden Strafverfahren einen selber belasten würde? Darf die Staatsanwaltschaft eine vor der PUK gemachte Aussage dann im Strafverfahren verwerten? Oder erwarten wir dann allen Ernstes, dass eine Auskunftsperson gegenüber der Staatsanwaltschaft keine Aussage macht, sich nicht mehr erinnern mag und gegenüber der PUK dann alle Karten auf den Tisch legt? Das wäre naiv.

Aus Sicht der EVP wäre es zweckmässiger, zuerst das Strafverfahren abzuwarten und allenfalls dann eine PUK einzusetzen, falls es denn wirklich noch nötig sein sollte. So wurde es übrigens auch bei den zwei vorhergehenden PUK, die der Kantonsrat losgetreten hat, in früheren Jahren gemacht. Doch an Geduld scheint es zu fehlen. Viel lieber will man jetzt endlich mit der PUK loslegen, wir haben es gehört und gespürt, lieber schon gestern als erst morgen. Woher diese Hektik? Liebe Kolleginnen und Kollegen von SVP, FDP und GLP, weshalb plötzlich diese

Hektik? Denn wenn Sie schon auf Teufel komm raus untersuchen wollen, dann gäbe es noch viele Themen, wo es sich lohnen würde, genauer hinzuschauen. Zum Beispiel wurde im Jahre 2004 der erste Anlauf gemacht, ein elektronisches Grundbuchregister einzuführen. Im Jahre 2010 wurde uns versprochen, dass es jetzt kommt. Im Jahre 2023 warten wir noch immer darauf. Oder wie war das mit dem Pandemielager (*gemeint sind Medikamentenlager*), das eigentlich der Kanton hätte führen müssen? Und plötzlich waren wir mitten in eine Pandemie mit leeren Regalen. Oder man könnte untersuchen, weshalb das Untersuchungsgefängnis Zürich West noch immer nicht in Betrieb ist oder weshalb es immer noch möglich ist, dass man Handys in Gefängnisse reinschmuggeln kann. Oder was wir an diesem Wochenende lesen konnten: Wie war das genau mit den Vorgängen am Unispital in der Herzklinik? Sie sehen, es gäbe noch viel Spannendes, aber vor allem viel Wichtigeres zu untersuchen.

Und was ist das Ziel einer PUK? Sie führt eben kein Strafverfahren, sondern sie dient der politischen Aufarbeitung. Damit eine solche Aufarbeitung möglich ist, muss man sich einen Überblick verschaffen. Und dieser Überblick, den bekommen Sie, wenn das Strafverfahren abgeschlossen ist.

Für die Arbeit dieser PUK wird mit Kosten von rund 1 Million Franken gerechnet. In fünf Monaten haben wir hier drin die Budgetdebatte, und es sind dann exakt die gleichen Parteien, die jetzt nach einer PUK schreien, die sich dann wieder darüber beklagen, wie ineffizient der Staat sei, wie aufgebläht er sei und was das alles koste und nichts bringe. Ich werde Sie dann gerne daran erinnern. Wir könnten jetzt streiten, ob 1 Million Franken viel oder wenig ist, aber es geht gar nicht um den Betrag, sondern es geht darum, welche Wirkung Sie damit erzielen. Das ist die alles entscheidende Frage bei dieser PUK. Welche Wirkung wird erzielt? Und rechtfertigt am Schluss der Aufwand die erzielte oder die zu erwartende Wirkung? Diese Frage werden wir uns am Schluss, wenn dieser PUK-Bericht dereinst einmal vorliegen wird, auch stellen müssen: Hat sich nun dieser Aufwand gelohnt? Konnte eine Wirkung erzielt werden, die das alles rechtfertigt?

Wir haben eine unklare Faktenlage. Wir haben ein laufendes Strafverfahren. Letzten Endes ist diese PUK ein Fischen im Trüben. Man investiert viel Zeit und Geld für eine Untersuchung mit ungewissem Ausgang und hofft dann, am Ende einen guten Fang zu machen, der all den Aufwand rechtfertigt. Bei dieser Ausgangslage ist für die EVP die Einsetzung einer PUK unverhältnismässig und wir werden dem Minderheitsantrag Loss zustimmen. Und falls der Antrag zur Einsetzung einer PUK trotzdem eine Mehrheit findet – und so sieht es ja aus –, kann ich Ihnen zusichern, dass selbstverständlich unsere Fraktion trotz aller Bedenken einen Vertreter in die PUK delegieren wird, der ergebnisoffen und engagiert in dieser Kommission mitarbeiten wird.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich bin fast ein wenig schockiert: Beim Votum von Frau Rogenmoser zu Beginn könnte meinen, bei uns im Kanton würden Bloods und Crips (*miteinander verfeindete grosse US-amerikanische Gangs*) wüten und wie bei der sizilianischen Mafia Vertreter unserer Justizbehörden vor ihrer Haustür ermordet werden. Ja, so tönt es hier, aber bitte kommen Sie zurück auf

den Boden. Doch um was geht es überhaupt bei all diesen scharfen Worten? Wir müssen hier erst einmal ein Jahrzehnt oder sogar ein wenig weiter zurückblicken, um überhaupt zu sehen, was passiert ist. Denn damals geschah der Fehler, dass der Kanton die Entsorgung der damaligen Arbeitsplätze an eine privatwirtschaftliche Firma vergeben hat, die nicht seriös arbeitete beziehungsweise nicht seriös mit den ihr anvertrauten Arbeitsplätzen umging. Die PC beziehungsweise zumindest die dort gespeicherten lokalen Daten landeten im Milieu. Was nicht passiert ist – und dann hätte der Fall nämlich eine völlig andere Dimension und das ist hier auch wichtig –, es wurden keine gesamten Datensätze oder Datenbanken beziehungsweise keine systematischen Daten durch irgendwelche Indiskretionen geraubt. Es gab auch kein Datenleck, soweit bekannt, durch kantonale Mitarbeitende. Es hat weder ein Staatsanwalt noch ein Polizist im grossen Stil Daten geleakt, gestohlen oder irgendetwas in dieser Form, etwas, bei dem man von der Tragweite her klar sagen müsste, das müsste man untersuchen, warum und wie das möglich ist. Nein, soweit wir wissen, ist es offenbar ein Sammelsurium von Daten aus alten Arbeitsplätzen, vielleicht auch noch aus anderen Quellen. Und dies ist schlichtweg zu wenig für die Einsetzung einer PUK, zumal wir ja durch das neue Kantonsratsgesetz die Aufsichtskommissionen gestärkt haben. Was bleibt, ist ein im Vorfeld der Wahlen geforderter Antrag auf Einsetzung einer PUK. Und damit Sie nun Ihr Gesicht wahren können, müssen Sie an diesem Antrag festhalten.

Wir von der AL haben im Vorfeld zumindest versucht, den Antrag ein wenig zu verbessern, indem man den Untersuchungsgegenstand breiter aufstellen wollte; breiter, nämlich über alle Direktionen hinweg, und auch ein bisschen auf einer höheren Ebene. So kann man zum Beispiel auch anschauen, ob der Kanton rechtzeitig seine Informatikstrategie gesamtkantonal aufgestellt hat beziehungsweise wie er das Ganze unter ein Dach gestellt hat.

Nun, was spricht aber für eine PUK? Das Vertrauen in den Staat, ich glaube, das ist der wichtigste Punkt, Benno Scherrer hat ihn genannt. Wir würden unseren Teil dazu auch beitragen bei der Untersuchung. Ich habe durchaus auch gehört von gewissen Leuten, die, beeindruckt durch die Berichterstattung, nicht so ganz verstehen, was hier los ist. Man könnte sagen: Ja, gut, eine PUK würde das Vertrauen hier durchaus stärken. Doch hierfür musste man schon Vorgänge haben, die eine PUK auch rechtfertigen, und was wir hier haben, ist wohl schlicht zu wenig. Trotzdem möchte ich dies hier nicht als Katastrophe hinstellen, wenn wir eine PUK beschliessen. Dies mag vielleicht auch daran liegen, dass ich mich als Linker, um Ihren Vorurteilen gerecht zu werden, weniger um die Kantonsfinanzen kümmerge. Es kann durchaus sein, dass die in der PUK dann untersuchten Fragen für mich als Informatiker auch interessant sind, insbesondere die heutige Situation in der gesamten kantonalen Verwaltung, nicht nur in der JI. Oder auch rückblickend – ich habe es bereits erwähnt – kam eine gesamtkantonale Strategie hierzu zu spät beziehungsweise wurde zu spät beschlossen. Aber die PUK kann sich auch als teurer Bumerang erweisen, insbesondere dann, wenn sie sich noch mit der Strafuntersuchung beisst, wie zuvor auch bereits erwähnt. Und zu guter Letzt kann man sich natürlich auch fragen, warum solch ein Wahlkampf-Vorstoss auch noch

nach den Wahlen so breit und von allen bürgerlichen Parteien unterstützt wird. Nun ja, diese Frage lässt sich vielleicht ein bisschen beantworten, denn dem Vernehmen nach wurde hier bei den Bürgerlichen offenbar Vertretern der GLP bereits das Präsidium versprochen. Sie können dies ja gerne noch bestreiten, aber für mich ist dies eine gute Erklärung, warum Sie hier alle doch geschlossen hinter diesem eher komischen beziehungsweise schräg in der Landschaft stehenden PUK-Antrag stehen.

Wie gesagt, wenn das Parlament hier eine PUK will, ist es für die AL auch kein Beinbruch. Und wir sind ja auch sicher, dass dann irgendwas gefunden wird. Aber dies auch nur, weil man sich ansonsten am Schluss eingestehen müsste, dass hier im Ratssaal ein bisschen zu leichtfertig mit Geld um sich geschmissen wurde, um damit eine PUK zu gründen. Aber wenn man die Sache bei Lichte betrachtet, brauchen wir hier keine PUK und die GPK kann diese Vorkommnisse gut selber untersuchen. Und sollten Ihre Vertreter, liebe Bürgerliche, hierfür keine Kapazitäten haben, sollten Sie vielleicht intern schauen, dass Sie passende Vertreter in die entsprechende Kommission abordnen. Besten Dank.

Bernhard im Oberdorf (SVP, Zürich): Ich selber war ja von 2017 bis 2021 im Zürcher Stadtparlament in einer PUK. Ich kenne den Aufwand, er ist gross. Aber im vorliegenden Fall muss ich sagen, dass ich differenzieren muss zwischen den Argumenten der Mitte und der EVP und der Linken; ich meine damit SP, Grüne und AL. Die Linken reden immer dafür, dass es notwendig sei, Transparenz zu schaffen. Aber hier, wenn ich diese Argumentation höre, geht es eher darum, diese Transparenz zu verwedeln. Das ist ein völliger Widerspruch. Es wird darauf hingewiesen, dass die Staatsanwaltschaft mit einem Strafverfahren tätig sei. Das war damals im Zürcher Stadtparlament genau so der Fall und man konnte die PUK sehr gut realisieren neben der Strafuntersuchung, das hat sich gegenseitig überhaupt nicht gestört. Ich war auch Mitglied in der GPK, habe gesehen, dass die Arbeit für die GPK zu gross ist. Wir hatten auch eine Subkommission. Wir haben feststellen müssen, dass die Arbeit auch für die Subkommission zu gross und dass es nicht hinreichend war. Wenn wir hier wirklich wieder Vertrauen schaffen wollen, dann bleibt nichts anderes übrig, als eine PUK einzusetzen. Damals im Stadtparlament hat sich auch der Millionenaufwand gelohnt, denn wir haben dann daraus die Lehren gezogen.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Wir konnten diese Woche lesen, dass beim Bund Millionen von Datensätzen in die Hand von Cyberkriminellen geraten sind. Und was haben wir von Bundesrätin Karin Keller-Sutter, FDP, gehört? Dass dieser Vorfall schleunigst aufgeklärt wird und dass schleunigst Massnahmen getroffen werden, damit das nicht mehr vorkommen kann. Und was haben wir von Nationalrat Alfred Heer, SVP, heute im «Blick» lesen können? Die GPK des Bundes, des Nationalrates müsse forciert dahinter gehen und alles untersuchen. Sie hören richtig, Ihre eigene Partei will die GPK in einem Fall untersuchen lassen, der bedeutend grösser ist als der vorliegende. Und man handelt sofort. Sie hingegen hatten vom 28. November 2022 bis heute, 3. Juli 2023, Sie hatten über ein halbes

Jahr Zeit, um endlich mit der Untersuchung anzufangen. Offenbar ist Ihnen das inhaltlich wahnsinnig wichtig. Sie sind richtig gierig darauf, das untersuchen zu können, und können so lange warten? Man wird den Eindruck also nicht los, dass diese PUK vor allem dazu gedient hatte, Einfluss auf die Kantonswahlen zu nehmen, und man kann jetzt nicht mehr zurückkriechen, obwohl: Ich finde, es würde Ihnen gut anstehen, wenn Sie heute zurückkriechen würden. Denn Köpfe hat es ja schon gekostet. Sie wissen, dass derjenige, der die Anfrage damals am 28. November 2022 eingereicht hat (*gemeint ist Altkantonsrat Valentin Landmann*) ja nicht mehr gewählt worden ist. Offenbar wurde das von der Bevölkerung nicht unbedingt so goutiert. Einfach damit Sie uns nicht missverstehen, meine Damen und Herren Bürgerliche, auch wir Grüne wollen selbstverständlich Aufklärung über diese Vorfälle. Nur bedauern wir es, dass wir jetzt ein halbes Jahr lang warten mussten, bis wir diese Vorfälle aufklären können. Wir haben ja drei Verfahren, die laufen: Wir hatten eine Administrativuntersuchung, die abgeschlossen ist. Wir haben ein laufendes Strafverfahren und wir hätten eigentlich die GPK mit einer geschulten eingeübten Subkommission, die das hätte untersuchen können, aber bis heute nicht kann. Warum Sie bei diesen drei Mitteln noch eine PUK obendrauf setzen wollen, ist mir, ganz ehrlich gesagt, nicht verständlich. Denn wir haben es gehört, eine PUK ist teuer, arbeitet sehr lang. Ich schätze, das Verfahren wird am Ende etwa drei Jahre dauern, weil sie schliesslich am Ende ja irgendetwas finden müssen. Sie schießen also, gelinde gesagt, mit Kanonen auf Spatzen. Denn was glauben Sie, dass sie am Ende für diese Million bekommen, was sie nicht auch sonst hätten bekommen können? Diese Frage stellt sich insbesondere, wenn man die drei Untersuchungsgegenstände betrachtet, die die GPK formuliert hat: Umgang mit dem Datensicherheitsvorfall seitens des Regierungsrates, der Direktionen und weiterer Behörden. Das ist eine klassische, typische GPK-Frage, und genau darauf ist die GPK spezialisiert und sind ihre Mitglieder eingeübt. Warum wollen Sie jetzt völlige Neulinge in solchen Fragen in eine PUK setzen, die Sie im Grunde genommen von vorne wieder einschulen müssen, damit sie da richtig vorgehen können? Zweiter Untersuchungsbereich: Informationssicherheit in den Direktionen. Auch dies ist eine typische GPK-Frage, wie sie im Bilderbuch steht, eine Frage der Oberaufsicht. Es ist unklar, was eine PUK hier besser machen kann als die GPK. Und dritter Bereich: Zeitraum des mutmasslichen Datensicherheitsvorfalls. Klar da muss ich sagen, das ist ein PUK-Bereich, da kann eine PUK untersuchen. Nur kommen Sie da automatisch in Kollision mit der laufenden Strafuntersuchung, die genau dieses Thema untersucht. Der Bereich also, dieser dritte Bereich, in dem eine PUK untersuchen kann, ist extrem schmal, weil Sie immer schauen müssen, dass Sie der Staatsanwalt nicht auf die Füße treten. Sie sehen also, diese Million ist falsch eingesetzt. Sie wird nicht zu mehr Transparenz führen als die anderen Verfahren und sie wird nicht zu mehr Transparenz führen, als die GPK es kann. Das alles erklärt mir schon auch ein bisschen, warum diese PUK ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Der ehemalige GPK-Präsident Beat Habbegger hat die Fakten bereits ausführlich und sehr gut dargelegt. Die GPK hat

nach unserer dringlichen Interpellation mit der Einsetzung einer Subkommission ihre Arbeit zur Aufarbeitung der Vorfälle aufgenommen. Dass die GPK nun zum Schluss gekommen ist, dass für die Aufarbeitung die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission notwendig ist, bestätigt unsere Vermutungen. Solche Vorfälle dürfen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen, es geht um die Glaubwürdigkeit unseres Systems. Die Untersuchungsgegenstände, welche durch die GPK definiert wurden, sind zweckmässig. Die Beantwortung all dieser Fragen ermöglicht es uns, die Vorfälle aufzuarbeiten. Und mit dem Blick in die Zukunft geben diese Antworten die notwendige Gewissheit, dass dies in dieser Form nicht mehr passieren kann und darf. Dass eine PUK das falsche Mittel sei, ist unverständlich. Es braucht ein solches Verfahren, denn nur damit kann sichergestellt werden, dass dieser folgeschwere Fall genügend sorgfältig, mit breiter Akzeptanz politisch aufgearbeitet wird. Wenn ein Vorfall dieses Ausmasses keine PUK rechtfertigt, was dann? Eine Administrativuntersuchung, welche durch die gleiche Direktion geführt wird, die solche Vorfälle zugelassen hat, wird kaum die gleiche Akzeptanz erhalten.

Das Verfahren wird nicht wenig kosten, das wissen wir. Ein vorbildlicher Rechtsstaat und eine funktionierende Demokratie kosten nun mal. Es gibt Ausgaben, die unnötig sind, und es gibt Kosten, die gerechtfertigt sind. In diesem Fall trifft das Letztere zu. Nur wenn solche Fälle ernsthaft aufgearbeitet werden und für die Bevölkerung Gewissheit geschaffen wird, dass das so nicht mehr vorkommen kann, stärkt es die Demokratie. Um das geht es – nicht darum, mit dem Finger auf Personen zu zeigen. Nochmals, es geht um eine vollständige und transparente politische Aufarbeitung. Es geht um die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in unser System.

Ich bedanke mich für die bisherige Arbeit der GPK. Bitte ermöglichen Sie die notwendige politische Aufarbeitung und stimmen Sie der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu. Besten Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich bin doch etwas erstaunt über die Voten von links und ich frage Sie, Kolleginnen und Kollegen: Wissen Sie, was das höchste Gut eines Staates ist? Wissen Sie, was das höchste Gut eines Staates ist? Es ist das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat. Und was passiert, wenn es nicht mehr vorhanden ist, das sehen wir im Moment in unserem Nachbarland Frankreich (*Anspielung auf Unruhen nach einem Fall von Polizeigewalt*). Das wollen wir nicht. Dazu gehört es eben auch, dass Dinge, die nicht passieren sollten und trotzdem passieren, nicht einfach unter den Tisch gewischt, sondern lückenlos aufgeklärt werden. Ja, zum Glück haben wir eine Staatsanwaltschaft, welche die strafbaren Handlungen von Amtes wegen untersucht. Wir haben zwar schon damals bei der Interpellation gesagt, dass wir darüber, dass es nicht eine externe Staatsanwaltschaft ist, auch ein bisschen erstaunt sind, weil das Ganze ja einen Teil unserer eigenen Verwaltung betrifft und die Staatsanwaltschaft zwar unabhängig von der Verwaltung, aber eben trotzdem Teil dieser Verwaltung ist. Das möchte ich da noch anfügen.

Aber längst nicht alles, was hier vorgefallen ist, ist strafbar. Und einiges ist vielleicht auch bereits verjährt. Und trotzdem braucht es diese lückenlose Aufklärung. Und nur eine PUK, das haben wir ebenfalls schon gehört, kann Einvernahmen aller Personen in öffentlichen Funktionen sowie Privatpersonen durchführen. Da wäre die GPK eingeschränkter. Auch würde es die Ressourcen der GPK übersteigen. Und Sie sprechen von den Kosten. Ja, die Subkommission kostet auch. Und ja, wenn Sie eine Subkommission genau dieselbe Arbeit machen lassen, dann kostet auch diese. Ja, sie wäre vielleicht kleiner, als die PUK, die wir jetzt dann beschliessen. Aber sehen Sie, die PUK hat den Vorteil, dass alle Parteien drin sind. Aber das wollen Sie offensichtlich dann doch wieder nicht. Aber eigentlich wollten Sie doch mitmachen, also haben Sie da ja einen Widerspruch in sich selber. Wir wollen eben, dass eine unabhängige Aufklärung stattfinden kann. Ja, und es sollen alle Parteien vertreten sein. Aber Sie widersprechen sich selber, indem Sie sagen: Das macht eine Subkommission der GPK, da sind nur wenige Parteien vertreten drin. Auf der anderen Seite wollen Sie selber mitmachen bei einer lückenlosen Aufklärung. Und an Herrn Sahli, zum Präsidium: Jawohl, es kann eigentlich nur die GLP sein. Wissen Sie, weshalb? Weil es keinen Sinn macht, dass eine Partei, die in der Regierung vertreten ist, das PUK-Präsidium führt. Es muss unabhängig sein. Es soll eine Partei sein, die nicht in der Regierung ist und es soll eine Partei sein, die eine PUK befürwortet, und sicher nicht eine, die gegen eine PUK ist. Und dann bleibt eben die GLP, das haben wir jetzt gehört. Deshalb: Jawohl, wir unterstützen das Präsidium der GLP genau aus diesen Gründen. Es kann in diesem Fall eigentlich nur die GLP sein, ein anderes haben Sie jetzt gerade selber verspielt (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*). Ja, wie erwähnt, es geht ums Vertrauen in den Staat. Die SVP-Fraktion will, dass die Bevölkerung im Kanton Zürich auch weiterhin Vertrauen in den Staat hat. Offensichtlich wollen Sie, liebe SP, Grüne, EVP und Mitte, das nicht. Sie wollen nicht, dass die gleichen Massstäbe angewendet werden bei Missständen von einfachen Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedern der Verwaltung. Nein, da schauen Sie weg und wundern sich, wenn die Leute auf der Strasse dann kein Vertrauen mehr haben in den Staat. Glauben Sie uns, der Wahlkampf ist vorbei und wir bleiben bei unserer Haltung. Die Hintergründe des Datenlecks müssen aufgedeckt werden, und auch, wie mit festgestellten Fehlern umgegangen wird. Die Aktenvernichtung im Jahr 2019 kam ja so nur rein zufällig zum Vorschein.

Jetzt auch noch an die Adresse von Herrn Forrer: Wir waren die Ersten, die reagiert haben mit der Interpellation. Sie wollten damals nicht einmal eine Aufdeckung, und jetzt argumentieren Sie, liebe SP und Grüne, es gehe zu langsam. Sie haben das verzögert, Sie haben einen Minderheitsantrag gestellt. Und die EVP argumentiert auch gegen die PUK, es gehe zu schnell. Ja, was wollen Sie? Geht es jetzt zu schnell gemäss EVP, weil wir die Strafuntersuchung abwarten müssen, oder geht es zu langsam? Wir wollen eine saubere Aufklärung, damit genau die richtigen politischen Schlüsse daraus gezogen werden können, damit das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat wiederhergestellt werden kann und damit wir vielleicht die Legiferierung anpassen können, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Herzlichen Dank, wenn Sie die Einsetzung der PUK unterstützen.

Davide Loss (SP, Thalwil) spricht zum zweiten Mal: Wir von der SP-Fraktion haben seit Beginn Transparenz, lückenlose Transparenz gefordert. Es ist schlichtweg unwahr, wenn Sie uns unterstellen, dass wir hier wegschauen wollten. Wir haben in der ersten Fraktionserklärung nach Bekanntwerden eine lückenlose Transparenz gefordert und wir haben auch die Justizdirektorin für die Kommunikation kritisiert, das möchte ich einmal festhalten. Im Unterschied zu Ihnen, meine Damen und Herren von der SVP, wollen wir keine Skandalisierung. Wir wollen eine sachliche, fundierte, lückenlose Abklärung. Sie wollen eine Skandalisierung und haben vermutlich schon wieder den Wahlkampf in vier Jahren vor Augen.

Im Übrigen ist es ja nicht so, dass in der GPK nicht alle Parteien vertreten sind, es sind fast alle vertreten. Und in der Subkommission und auch in der Arbeit der Geschäftsprüfungskommission ist es so, das hat Altkantonsrat Hans-Peter Amrein schön gesagt: Wir legen das Parteibuch weg, wenn wir arbeiten. Wir arbeiten Hand in Hand, alle Parteien zusammen und analysieren das. Wir haben gemeinsam mit der Justizdirektion, mit der Oberstaatsanwaltschaft und der Datenschutzbeauftragten erste Erkenntnisse gewinnen können. Sie haben verhindert, dass wir heute bereits erste Erkenntnisse vorliegen haben. Sie wollten das nicht, Sie wollten ein überaus kompliziertes, ineffizientes Verfahren, sodass wir uns heute, ein halbes Jahr später, erst einmal darüber unterhalten können, wie wir das überhaupt untersuchen sollen. Fakt ist: Ihnen geht es nicht um die Sache. Ihnen geht es darum, «Skandal!» zu schreien, Ihre Voten haben es bewiesen.

Der einzige wirkliche Unterschied der Arbeit der GPK, der Subkommission, zur Parlamentarischen Untersuchungskommission ist die Zeugnispflicht. Das heisst, dass Personen, die nicht innerhalb der Verwaltung arbeiten, verpflichtet sind, bei der Parlamentarischen Untersuchungskommission auszusagen. Ja, wurde denn jemals in dieser Arbeit der Subkommission jemand vorgeladen, der nicht kam oder der keine Auskunft erteilen wollte? Es gibt überhaupt keine Notwendigkeit für diese Zeugnispflicht und für die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission. Es schadet eben vor allem auch dem Strafverfahren, das läuft. Diese Strafverfahren müssen unbedingt mit der parlamentarischen Untersuchung koordiniert werden. Es ist darauf Wert zu legen, dass hier die Aussagen eben dann nicht unverwertbar werden, denn die Aussagen vor der Parlamentarischen Untersuchungskommission können im Strafverfahren nicht verwertet werden. Da ist ein grosses Augenmerk darauf zu legen, und die Subkommission hat hier sehr gute Erfahrungen mit der Oberstaatsanwaltschaft gemacht. Wir haben alle notwendigen Informationen bekommen.

Dann noch zum Vorwurf der geschätzten Kollegin Hoss-Blatter, dass es uns hier darum gehe, die Justizdirektion, die Justizdirektorin zu schützen, die sich – ich zitiere – mit eloquenter Manipulation herausredet. Ich muss ehrlich sagen, Sie sind eigentlich eine begabte Rednerin, Ihr Votum heute fand ich jetzt nicht besonders eloquent.

Wir haben von Beginn weg – ich habe es bereits erwähnt – die Justizdirektorin kritisiert, wo sie Fehler gemacht hat. Wir wollen aber eine sachliche Aufklärung.

Die Erwartungen, die Sie hier schüren – das kann ich Ihnen jetzt schon sagen –, werden nie erfüllt werden. Sie werden dann irgendetwas finden müssen, damit Sie sich dann nicht vorwerfen lassen müssen, eine parlamentarische Untersuchungskommission für nichts eingesetzt zu haben. Aber der Berg wird wohl eine Maus gebären.

Abschliessend nochmals: Das Vertrauen – da bin ich mit allen Vorrednerinnen und Vorrednern einverstanden – ist das wichtigste Gut. Wir müssen dieses Vertrauen wiederherstellen. Das tun wir aber nicht, indem wir «Skandal!» schreien und eine Parlamentarische Untersuchungskommission fordern. Das machen wir, indem wir sachorientiert und parteiunabhängig an die Sache herangehen, so wie es die Subkommission getan hat. Sollte der Rat heute die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission beschliessen, wird selbstverständlich die SP-Fraktion kooperieren und mitarbeiten, damit diese lückenlose Aufklärung geschehen kann. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Nach dem von mir vorhin Geschilderten sollte eigentlich klar sein, wieso Sie mit der Einsetzung dieser PUK so lange gewartet haben: Erstens ist der mittlerweile bekannte Untersuchungsbereich, den Sie neben der Staatsanwaltschaft noch untersuchen können, extrem schmal. Es bleibt Ihnen gar nicht mehr viel übrig, sprich: Sie müssen sich da noch auf andere Felder konzentrieren, wie mein Kollege Loss es gesagt hat, und noch das eine oder andere Skandälchen aufdecken, um dann doch noch etwas zu haben. Ich denke, Sie haben sechs Monate mit der Einsetzung gewartet, weil es Ihnen eben selber schon ein bisschen mulmig geworden ist und die Fragwürdigkeit dieser PUK auch bei Ihnen langsam angekommen ist und Sie der ganzen Sache auch nicht mehr so richtig trauen. Aber Sie werden dann in drei Jahren vor den Wahlen wieder geradestehen und mit geschwellter Brust sagen: Siehe da, das haben wir gefunden, das haben wir untersucht. Nun gut, ich kann Sie nicht davon abhalten, Sie werden diese PUK einsetzen wollen und werden dem hier zustimmen. Ich habe einfach da eine Bitte: Bitte untersuchen Sie auch die Entsorgung der Daten in den anderen Direktionen, und zwar auch so ebenso intensiv wie in der Justizdirektion. Untersuchen Sie das auch in der Sicherheitsdirektion, wo sensible Daten vorhanden sind. Untersuchen Sie das auch in der Finanzdirektion. Denken Sie zum Beispiel an die Steuerdaten. Und selbstverständlich vergessen Sie nicht, wo das AfI, das Amt für Informatik, angesiedelt ist, das eigentlich sehr involviert sein müsste in diesen Skandal hier, wie Sie ihn nennen, nämlich in der Finanzdirektion. Untersuchen Sie also bitte auch das AfI im fraglichen Zeitraum von 2000 bis 2014.

Und Kollege Hübscher, ich meine, ich finde es ja gut, dass Sie wieder einmal erstaunt sind über uns, aber Sie machen es sich jetzt doch ein bisschen einfach. Selbstverständlich wollen wir Transparenz. Selbstverständlich wollen wir, dass das Vertrauen im Staat besteht und wir wollen auch eine Untersuchung. Wir reden hier nur über die Mittel. Wir reden darüber, dass wir die GPK als adäquate Institution in diesem Staat betrachten, um das alles zu untersuchen, und finden die Kanone, die Sie hier jetzt auffahren wollen, die ist jetzt doch ein bisschen zu gross.

Ich denke auch, dass wir in Zukunft vielleicht das Gesetz anpassen müssen, aber mit der Legiferierung, wie Sie es gesagt haben, bin ich eigentlich ganz zufrieden. Ich glaube, wir können diesen Ratsbetrieb so auch weiterführen. Ich danke Ihnen.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Würde eine Privatperson so handeln wie die Justizdirektion, würde sie von unserem Rechtsstaat zurechtgewiesen. Aber wenn es uns selber betrifft, versuchen wir das unter den Teppich zu kehren. Die SVP fordert eine lückenlose Aufklärung dieses Falles. Wir fordern, dass aufgeklärt wird, wie mit sensiblen Daten heute in den Direktionen umgegangen wird. Und hier muss der Fokus auf die Justiz- und die Sicherheitsdirektion gelegt werden. Und wir wollen wissen, wieso 2019 Protokolle und Verträge in der Justizdirektion vernichtet wurden. Wer trägt dafür die Verantwortung? Was sind die Lehren daraus und gibt es in anderen Direktionen ähnliche Vorfälle?

Aber wir müssen auch unsere eigene Arbeit hinterfragen. Die GPK wurde teilweise informiert über den Fall, geschehen ist nichts. Und genau deshalb braucht es eine PUK, weil leider die GPK ihre Arbeit auch nicht zufriedenstellend erledigt hat. Schaffen wir wieder Vertrauen und lernen wir aus diesem Vorfall!

Und Thomas Forrer: Grüne und SP haben verhindert, dass die PUK schneller eingesetzt worden ist. Wir haben von Anfang an, im Januar, eine PUK gefordert. Die SVP hat die PUK von Anfang an gefordert. Hätten Sie mitgemacht, wäre die PUK schon längst am Arbeiten.

Und zu Davide Loss: Ob es ein Skandal ist oder nicht, das werden wir noch erfahren. Und wenn Sie es noch nicht gemerkt haben: Der Wahlkampf 2027 hat am 13. Februar 2023 begonnen. Bitte stimmen Sie der PUK zu.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Einfach damit es klar ist: Die Mitte ist sehr wohl interessiert, dass die Fakten auf den Tisch kommen. Aber im Gegensatz zu Ihnen haben wir Vertrauen in unsere Staatsanwaltschaft, haben wir Vertrauen in die GPK, auch wenn vorher kritisiert wurde, sie sei informiert gewesen, aber habe es verschlafen. Ich garantiere Ihnen, ein zweites Mal wird die GPK das nicht verschlafen. Und ich glaube auch, dass in der Verwaltung und in der Regierung der Wecker jetzt geläutet hat, man wird die Lehren ziehen. Ich habe Vertrauen auch in die Regierung und in die Verwaltung, dass sie lernfähig sind. Einfach jetzt noch den einen oder anderen an die Wand zu stellen, ohne dass er strafrechtliche Taten begangen hat, ist zwar vielleicht lustig für die einen oder anderen, aber bringt gar nichts. Deshalb: Zeigen Sie Vertrauen gegenüber den eigenen Institutionen und lehnen Sie die Einsetzung der unnötigen PUK ab.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon) spricht zum zweiten Mal: Kollege Loss, indem du einen Rundumschlag machst und jedes einzelne kleine Votum der Befürworter kommentierst, zeigst du, dass es genau darum geht, in diesem Fall keine Transparenz zu schaffen. Und Thomas Forrer hilft dabei, die JI zu schützen. Deshalb sonst ruft er dazu auf, alle Direktionen zu untersuchen, was ich selbstverständlich (*Zwischenrufe*) – lassen Sie mich ausreden –, was ich selbstverständlich unterstütze.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Noch zu Domenik Ledergerber: Entschuldigung, aber ich sitze im Gegensatz zu dir in der GPK und ich war auch in dieser Subkommission. Ich finde das jetzt ziemlich anmassend von dir, dass du behauptest, wir hätten nichts getan. Der Bremsklotz wart ja dann ihr, weil es so schön auf die Wahlen passte. Ihr habt zwar das Thema aufgebracht, aber es war nicht so, dass wir nichts gemacht haben, wir haben relativ schnell reagiert und die Leute auch schnell befragt. Und dann kamt ihr mit der Forderung nach einer PUK, und das hat jetzt abgebremst, und zwar deutlich abgebremst. Ich glaube, wir wären einen rechten Schritt weiter, hätten wir jetzt nicht diese Diskussion auch noch hier.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) spricht zum zweiten Mal: Nur noch ganz kurz zur Einsetzung der PUK: Wir hatten das noch im letzten Jahr gefordert, weil die GPK ja nicht eine PUK fordern kann, sondern entweder die GPK oder der Rat nach der Behandlung einer Interpellation. So sieht es das Kantonsratsgesetz vor. Die GPK wollte die PUK nicht von Anfang an, erst nachher nach der Einsetzung einer Subkommission kam sie zu diesem Schluss, den der ehemalige Präsident uns erläutert hat. Wir hatten das von Anfang an gefordert. Die GPK – und da wart ihr, geschätzte Vertreterinnen ja dabei – war nicht von Anfang an in der Mehrheit dieser Ansicht. Das hat es verzögert, nicht wir. Das möchte ich hier noch klarstellen. Es waren die Mehrheiten, die sich geändert haben in der GPK. Aber macht bitte diesen Vorwurf nicht uns. Die Subkommission hat erst viel später zu arbeiten begonnen. Nachdem wir mit der dringlichen Interpellation bereits über die Einsetzung einer PUK diskutiert haben, hat die GPK die Subkommission eingesetzt, das möchte ich hier nochmals festhalten. Und dass es jetzt so lange auf der Traktandenliste war, dafür können Sie nicht uns verantwortlich machen. Seit Februar 2023 hätten wir darüber abstimmen können. Herzlichen Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich habe das Protokoll der Kantonsratssitzung vom 9. Januar 2023 vor mir, nur damit es klar ist. Dort wurde auch schon gesagt, dass sich Davide Loss um Kopf und Kragen redet. Der Sprecher war Lorenz Habicher in dieser Sache: «Ich bin der Meinung, das Einsetzen einer PUK beendet das üble Spiel, und die Diskussion, welche Kommission Subkommissionen gründen und untersuchen sollte, wird im Keim erstickt. Eine PUK hat die nötigen Instrumente und kann wirklich Klarheit schaffen. Ich bitte Sie, eine solche auch zu beschliessen.» Das habe ich am 9. Januar 2023 gefordert. Da war sogar noch Beat Habegger als Präsident der GPK dagegen, weil seine Subkommission ja untersucht. Und jetzt frage ich Sie, Davide Loss: Sie haben ja gesagt, dass niemand die Aussage in der Subkommission verweigert hat oder niemand der Einladung nicht gefolgt wäre. Wie wollen Sie uns das jetzt verkaufen, die wir ja nicht Teil der Subkommission sind und das gar nicht wissen können, wen Sie eingeladen und wen Sie befragt haben und wer der Einladung nicht gefolgt ist oder eben nicht befragt werden konnte? Sie spielen hier auch wieder auf Zeit und wollen einfach verhindern. Das Vertrauen ist erschüttert und wir brauchen jetzt diese PUK und

wir werden diese beschliessen. Ob Davide Loss von Wahlkampf-Gag spricht oder nicht, das interessiert hier drin eigentlich nicht. Er hat sich schon um Kopf und Kragen geredet.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Davide Loss wurde direkt angesprochen und möchte darum antworten.

Davide Loss (SP, Thalwil): Also ich muss schon noch etwas richtigstellen. Die SVP war in der Subkommission ebenfalls vertreten. Im Übrigen ist es René Isler, der Referent der GPK für die Justizdirektion ist. Zu sagen, dass die SVP hier aussen vor gelassen worden sei, ist schlichtweg unwahr. Und ja, wir konnten gar nicht wirklich viel mehr untersuchen, weil eben dieser PUK-Antrag gekommen ist, denn Sie mussten ja diesen Wahlkampf-Gag irgendwie weitertragen. Sie wollen weiterhin die Skandalisierung, das hat auch Ihr Votum gezeigt. Wir hätten das gerne weiterhin Hand in Hand mit der Verwaltung, mit der Oberstaatsanwaltschaft untersucht. Das haben Sie verhindert mit diesem Antrag, und wir sind in sechs Monaten kein bisschen weitergekommen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich sehe, Sie haben erstaunliche Kenntnisse über das Innenleben unserer GPK, wie wir arbeiten und so weiter, obwohl Sie ja gar nicht drinsitzen. Dass die Mehrheiten geändert haben, das ist schlichtweg Humbug oder davon hätte ich keine Kenntnis. Es braucht aber schlichtweg auch seine Zeit, solch einen PUK-Antrag auszuarbeiten. Ich glaube, das hat die meiste Zeit in Anspruch genommen. Da dauerte es auch über die Legislaturgrenze hinaus, bis das jetzt hier zur Diskussion kommt. Und warum die GPK das Thema so lange «verhängt» hat, das wurde vorher auch bereits angesprochen beziehungsweise aufgelöst: Die GPK hat in ihrer Arbeitsweise ein Referentensystem und der zuständige Referent verfolgt jeweils die Themen, die eine Direktion betreffen. Die entsprechenden Zuständigkeiten können Sie auch dem Geschäftsbericht entnehmen, die zuständige Person wurde bereits genannt. Auf jeden Fall ein kleiner Tipp, wenn es zu lange dauert: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Haustür. Und gerne hätten wir, wie auch gesagt, bereits weiter daran gearbeitet. Leider wurde dies durch die PUK-Forderung blockiert, auch hier kehren Sie gerne vor Ihrer eigenen Haustür.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir durchaus auch grössere Gegenstände in kürzerer Vergangenheit bereits untersucht haben, nämlich beispielsweise mit der Kommission, die eingesetzt wurde, gemeinsam von GPK und FIKO (*Finanzkommission*), ohne eine ganze PUK aufzuziehen zu müssen, zur besonderen Lage während der Covid-Pandemie. Auch dies brachte durchaus einen zeitlichen Aufwand, ich war auch Teil dieser Kommission. Aber das wurde im Rahmen von normalen Kommissionsmitgliedern erledigt. Und auch wenn Sie nun sagen «Ja, das ist zu viel für die GPK im Allgemeinen» muss man auch daran erinnern: Irgendwelche Parlamentsmitglieder, die auch hier wieder Milizpolitiker sind, werden Mitglied dieser PUK und werden dies im Rahmen ihrer Milizarbeit erledigen müssen.

Eine sachliche Aufklärung, zu guter Letzt, was auch anders angedeutet wurde, ist sicher mit beidem möglich. Und daher ist es auch für die AL nicht allzu schlimm, wenn wir diese PUK beschliessen. Aber es ist eher eine Frage nach dem adäquaten Mittel, und wir denken, dass es passend ist, wenn wir dies schlichtweg normal in der GPK aufarbeiten, wie wir dies auch können mit unseren Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Besten Dank.

Beat Habegger (FDP, Zürich), Referent der GPK: Ich möchte aufgrund der geäusserten Voten noch einige Präzisierungen vornehmen, und ich mache das in Antwort auf die Voten chronologisch, also in der Reihenfolge, in der sie geäussert wurden, einfach auch zuhanden des Protokolls. Zuerst zu Davide Loss: Die Subkommission hat nicht zwei Sitzungen durchgeführt, sondern die Subkommission hat insgesamt fünf Sitzungen durchgeführt, was auch relevant ist, um aufzuzeigen, dass eben diese Arbeiten doch auch seriös abgehandelt wurden.

Dann zum Votum von Markus Schaaf, er hat viele mögliche Themen aufgeworfen, die die GPK oder andere Aufsichtskommissionen untersuchen könnten als Alternative zu einer parlamentarischen Untersuchungskommission: Ich muss Ihnen sagen, Herr Schaaf, dass die meisten Themen, die Sie genannt haben, die Pandemie-Versäumnisse, die Vorkommnisse rund um die Herzklinik, das Untersuchungsgefängnis Zürich West, alles Themen sind, die von den Aufsichtskommissionen behandelt werden. Beim Grundbuchregister weiss ich es nicht. Dort müsste man vielleicht mal ein bisschen Zeit investieren.

Dann noch zu Martin Hübscher: Wie ich auch in meinem Eintretensvotum gesagt habe, ist es nicht unsere Aufgabe, heute das Präsidium und die Mitglieder der Parlamentarischen Untersuchungskommission zu bestimmen, das wird die Aufgabe der Interfraktionellen Konferenz sein, falls dieser Antrag heute eine Mehrheit findet.

Dann noch zu verschiedenen Voten von Herren Forrer und Ledergerber und von Frau Hoss: Der Untersuchungsgegenstand, wie er von der GPK im Antrag, der Ihnen vorliegt, formuliert wurde, beinhaltet die Untersuchung der Datensicherheit in allen kantonalen Direktionen. Es ist offensichtlich, dass die Justizdirektion der Ausgangspunkt ist, aber es geht darum, dass die Sicherheit der Daten und die Entsorgung, die wirksame Entsorgung dieser Daten, in allen kantonalen Direktionen untersucht werden soll.

Und abschliessend: Wir haben jetzt auch einige Voten gehört, wie das Ganze vorgefallen sei oder wie der Ablauf gewesen wäre. Ich will jetzt hier nicht so viel Geschichtsschreibung betreiben. Ich habe es eigentlich in meinem Votum auch schon gesagt: Die GPK hat sehr rasch eine Subkommission eingesetzt, noch im Dezember. Diese Subkommission hat dann auch gearbeitet, hat die Anhörungen aufgegleist, hat dann den Auftrag der Subkommission auch entsprechend erweitert mit Blick auf die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission. Das mussten wir ja auch tun, denn man muss ja auch wissen, auf welche Ziele hinzuarbeiten ist. Und wir haben halt dann entsprechend den Antrag, wie er Ihnen hier vorliegt, formuliert. Einen Antrag auf die Einsetzung einer PUK kann

man nicht einfach so schnell, schnell mal an einem Nachmittag formulieren, sondern das muss gründlich begründet und deshalb auch gründlich vorbereitet sein. Deshalb hat das auch einige Zeit in Anspruch genommen. Vielen Dank.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Ich wiederhole hier gerne, was ich seit Anfang Dezember immer wieder gesagt habe: Ich begrüße jede Form der Untersuchung. Ich begrüße eine lückenlose und vor allem auch eine rasche Aufklärung. Beide Wege – GPK-Subkommission und/oder PUK – haben ihre Vor- und haben ihre Nachteile. Der Kantonsrat wird heute in seiner Weisheit beschliessen, welcher Weg begangen werden soll. Hauptsache ist, es wird sorgfältig gearbeitet, gründlich gearbeitet und rasch gearbeitet, sonst bin ich dann vielleicht nicht mehr im Amt, wenn die Resultate vorliegen.

Der Regierungsrat ist meinem Antrag gefolgt, denn mir ist es, wie dem Regierungsrat, sehr wichtig, dass hier Klarheit geschaffen wird, dass hier in diesem heiklen Bereich auch wieder Vertrauen hergestellt wird. Daten und Informationssicherheit sind dem Regierungsrat und sind mir persönlich sehr wichtig. Für das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden – auch da sind wir uns einig – ist eine lückenlose Aufklärung wichtig. Ich habe hier im Rat seit Beginn dieser Geschichte niemanden gehört, der nicht auch gesagt hätte, dass eine lückenlose Aufklärung wichtig sei. In diesem Punkt ist sich der ganze Rat einig. Uneinig ist man sich, ob es rascher geht über die GPK oder ob es etwas gründlicher geht über die PUK. Wir werden sehen, was Sie entscheiden.

Es wird, was die Vergangenheit betrifft, sicher nicht ganz einfach sein, diese lückenlose Aufklärung herzustellen, weil die Geschehnisse doch zehn bis fünfzehn Jahre zurückliegen und die damals Verantwortlichen sich tatsächlich vielleicht nicht mehr an alle Details zu erinnern vermögen. Ich weiss nicht, wie gut ihr Gedächtnis zehn Jahre zurück ist, aber die damals Verantwortlichen werden sich sicher ebenfalls bemühen, hier ihren redlichen Beitrag zu leisten.

Vielleicht noch eine Bemerkung zur Aktenvernichtung: Geschäfts- und Verwaltungsakten, wenn sie auf Papier sind, sind selten Unikate. Vor allem, wenn sie in diesem Jahrtausend erstellt wurden, sind sie in der Regel digital in Kopie oder im Original vorhanden. Und wenn Papiere vernichtet werden, wie das 2019 geschehen ist, können wir davon ausgehen, dass es hier noch die digitalen Formate gibt, und diese werden wir sicher der PUK oder der GPK zur Verfügung stellen.

Sehr froh bin ich über die klaren Worte, dass die Strafverfolgung und die Strafuntersuchung nicht behindert werden sollen. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass Sie sich nicht zum Handlangern jener Kreise machen, die mit ihren kriminellen Vorgehensweisen Behörden unter Druck setzen wollten. Das ist ein ganz wichtiger Punkt und auch da bin ich froh, dass hier Einigkeit besteht.

Vielleicht noch zum Schluss: Ob PUK oder nicht PUK, ob GPK-Subkommission oder nicht GPK-Subkommission, Daten-Compliance ist in meiner Direktion von höchster Priorität. Wie immer, wenn wir auf Befunde stossen, die uns besorgen, packen wir das an, und wir haben den Ehrgeiz und ich habe die Absicht, meine Direktion zur vorbildlichsten Direktion dieses Kantons in Daten-Compliance zu machen. Hier müssen wir vorwärtsmachen. Die jüngsten Ereignisse in Bern haben

gezeigt, dass wir hier tatsächlich unsere Hausaufgaben in der öffentlichen Hand noch nicht abschliessend gemacht haben. Wir haben die entsprechenden Teams jetzt aufgestellt, die Aufträge sind erteilt. Wir werden Ihnen bald darüber berichten können, wie wir vorankommen.

Abschliessend noch einmal, der Regierungsrat hat es in seinem Schreiben auch klar gesagt: Wir sind selbstverständlich bereit, so gut es uns möglich ist, mit der entsprechenden Untersuchungsbehörde zusammenzuarbeiten. Der Regierungsrat ist sehr daran interessiert, dass hier lückenlos aufgeklärt wird, dass rasch aufgeklärt wird, dass sorgfältig aufgeklärt wird und dass damit das Vertrauen wiederhergestellt wird.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Davide Loss gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), auf den Antrag der Kommission auf Einsetzung einer PUK einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–VII.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 172/2023 zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.